

zu einer ständigen Konferenz machen; denn von dort aus geht die Aktivierung der Partei nach unten weiter.

Dichtel: Was Herr Zimmer gesagt hat, begrüße ich sehr. Jeder von uns wird eine solche Initiative durchaus begrüßen. Es vergeht keine Konferenz, wo wir uns nicht mit der Parteiarbeit beschäftigen, insbesondere über die Frage: Wählerpartei oder Mitgliederpartei. Auch in Südbaden wird diese Frage eingehend behandelt. Wir überlegen, ob wir Hunderte von Briefen schreiben oder die Leute aufsuchen sollen. Also, ein wesentlicher Erfolg dieser Arbeit hängt von der Initiative der einzelnen Landesverbände ab.

Adenauer: Das hängt absolut davon ab. Dann darf ich Sie bitten, morgen in Ihrem Referat die Anregung von Herrn Zimmer zu erwähnen, damit es diskutiert werden kann.

Wird noch weiter das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann hoffe ich, daß wir in Frieden und Freundschaft auseinandergehen, und zwar in dem Bewußtsein, nicht nur einen schönen Tag verlebt, sondern sich auch gründlich ausgesprochen zu haben. Ich schließe die Sitzung.

8

Bonn, 11. März 1959

Sprecher: Adenauer, Albers, Altmeier, Amrehn, Bitter, Blank, Blumenfeld, Frau Brauksiepe, Etzel, Fay, Gerstenmaier, Gradl, Gurk, von Hassel, Hellwig, Johnen, Kiesinger, Krone, Lensing, Schröder, Stoltenberg, Strauß, Wacher.

Besprechung über die Bundespräsidentenwahl. Bericht über organisatorische Fragen der Partei. Berlinstatus.

Beginn: 16.00 Uhr

Ende: 19.15 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob wir noch mit weiterem Besuch zu rechnen haben. Wir wollen auf alle Fälle aber beginnen.

Entschuldigt haben sich: Ernst Lemmer, krank, Vertreter: Franz Amrehn; Dr. H. Lübke, Afrika; A. Cillien, krank; Dr. Fricke; B. Bauknecht; Dr. Luise Rehling, Wahlversammlung in Leer.

BESPRECHUNG ÜBER DIE BUNDESPRÄSIDENTENWAHL

Adenauer: Ich muß beginnen mit einem Vortrag über das, was geschehen ist. Zum Verständnis der ganzen Angelegenheit ist es gut, wenn man sich die Dinge noch einmal vor Augen hält, die in der letzten Zeit geschehen sind. Dabei möchte ich beginnen mit der Bundesversammlung, die den Bundespräsidenten zu wählen hat. Die Bundesversammlung besteht aus dem Bundestag und aus ebensoviel Mitgliedern, die von den Landtagen nach dem d'Hondtschen System¹ zu wählen sind. Ich darf vorweg bemerken, daß ich die Vertreter Berlins hier weglasse. Ich höre, daß darüber noch Auseinandersetzungen – nicht hier – kommen sollen, ob die Vertreter Berlins stimmberechtigt sind. Das Kabinett hat sich heute morgen mit dieser Frage beschäftigt und wird darüber – wir waren geschlossen der gleichen Ansicht – ein Gutachten abgeben, das natürlich auch den Parteien mitgeteilt wird. Die Bundesversammlung wird – Sie haben alle den Zettel da – ohne Berlin aus 995 stimmberechtigten Mitgliedern bestehen.² Von diesen 995 stimmberechtigten Mitgliedern gehören zur

CDU/CSU	497 (also nicht die Hälfte)
SPD	361
FDP	85
zum BHE	20
zur DP	24
zur Bayernpartei und DRP ³	8

Bei diesen Ziffern wird vorausgesetzt, daß die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Niedersachsen⁴ in der nächsten Zeit dasselbe Ergebnis haben wie die letzten Landtagswahlen dort. Je nachdem werden sich die Zahlen verschieben. Die Wahl des Bundespräsidenten findet in folgender Weise nach dem Grundgesetz statt:⁵

Ein erster Wahlgang, in dem derjenige gewählt ist, der die absolute Mehrheit der Stimmberechtigten erhält. Wird diese absolute Mehrheit nicht im ersten Wahlgang

1 Berechnungsverfahren nach dem belgischen Rechtswissenschaftler Victor d'Hondt zur Ermittlung der Sitzverteilung in einem Parlament nach einer Verhältniswahl. Die Stimmen, die auf die einzelnen Listen entfallen sind, werden nacheinander durch 1, 2, 3 usw. geteilt. Aus den Ergebnissen werden die höchsten Zahlen ausgesondert, und zwar so viele, wie Sitze zu vergeben sind. Für jede ausgesonderte Höchstzahl erhält die betreffende Partei einen Sitz.

2 Die 3. Bundesversammlung tagte am 1. Juli 1959 in der Ostpreußenhalle in West-Berlin. Mit 526 von 1038 Stimmen wurde Heinrich Lübke im 2. Wahlgang zum zweiten Bundespräsidenten gewählt. Vgl. Die Bundesversammlungen 1949–1979. Bonn 1984 S. 82.

3 Zur 3. Bundesversammlung entsandte die DRP keinen, wohl aber die DPS drei Vertreter.

4 Landtagswahl in Rheinland-Pfalz am 19. April 1959: CDU 48,4 %, SPD 34,9 %, FDP 9,7 % und DRP 5,1 % (FISCHER 2 S. 961f.). – Landtagswahl in Niedersachsen ebenfalls am 19. April 1959: SPD 39,5 %, CDU 30,8 %, DP 12,4 %, GB/BHE 8,3 % und FDP 5,2 % (EBD: S. 716–718).

5 Vgl. GG Art. 54.

erreicht, dann findet ein zweiter Wahlgang statt. Wenn im zweiten Wahlgang wiederum keiner die absolute Mehrheit erzielt, dann wird weiter gewählt nach der relativen Mehrheit, bis ein Bundespräsident gewählt ist.

Das Amt des Bundespräsidenten – das möchte ich sehr nachdrücklich betonen – wird in der Öffentlichkeit bei weitem unterschätzt. Bei Vorgängen, die sich namentlich in unserer Partei ereignet haben, ist das Amt zu meinem großen Bedauern noch weiter abgewertet worden. Lassen Sie mich hierbei folgendes voranschicken: Jeder von Ihnen wird wohl das Gefühl haben – und das auch wahrgenommen haben –, daß das nicht zum Vorteil unserer Partei gewesen ist. Die 497 Mitglieder, die zur CDU/CSU gehören, setzen sich zusammen aus 271 Bundestagsabgeordneten und aus 226 Abgeordneten, die von den Landtagen gewählt werden. Eine der Ursachen dieser Zwistigkeiten, die gewesen sind, liegt nach meiner Meinung darin, daß die Bundestagsfraktion in dieser Angelegenheit eine Führung erlangt hat, die ihr nicht zusteht. Halten Sie den Kopf gerade (Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier), Sie können nachher dagegen sprechen. Ich habe gesagt, nach meiner Meinung.

Die Aufgabe, den Bundespräsidenten zu wählen, ist nach Auffassung des engeren Vorstandes der Partei eine Parteiangelegenheit und nicht eine Fraktionsangelegenheit. Darin befinde ich mich auch in Übereinstimmung mit dem Vorsitzenden der CSU, dem Herrn Ministerpräsidenten Dr. Seidel, mit dem ich, ehe die ganze Sache anfang, darüber gesprochen habe. Herr Seidel und ich haben in dieser Angelegenheit zwei Besprechungen gehabt. Wir waren beide der Ansicht – ich muß das alles erklären, damit Sie die Situation verstehen –, daß es wohl zweckmäßig sei, um die absolute Mehrheit zu bekommen – und es ist wohl sehr wünschenswert, daß der Bundespräsident mit absoluter Mehrheit im ersten Wahlgang gewählt wird –, mit anderen Parteien Fühlung zu nehmen, daß wir die Stimmen der anderen Parteien für uns haben müßten, keinen zu ausgesprochenen Parteipolitiker als Kandidaten zu nominieren. Wir waren weiter der Ansicht, daß die Tradition des Amtes des Bundespräsidenten, wie sie der jetzige Inhaber geschaffen hat, nämlich die Verbindung mit gewissen führenden geistigen Schichten der Bevölkerung, die sich nicht so parteipolitisch gebunden fühlt, möglichst aufrechterhalten werden soll.

Aus dieser Betrachtung heraus haben wir uns mit dem einen oder anderen Namen befaßt. Aber das ist vorbei, und es hat keinen Zweck mehr, darüber zu sprechen. Ich betone aber von vornherein – ich schalte die Möglichkeit nicht aus –, daß geeignete Kandidaten aus diesem Kreis vorhanden sind; es wird aber sehr schwer sein, einen zu finden; denn wenn man glaubt, daß jemand geeignet sei, wird es sehr schwer sein, ihn zu veranlassen, dieses Amt zu übernehmen, insbesondere nach dem, was sich bis jetzt ereignet hat. Nun waren wir unter uns einig, daß vor dem 75. Geburtstag des Bundespräsidenten Heuss die Frage seines Nachfolgers nicht in der Öffentlichkeit angeschnitten werden sollte. Daran haben wir uns auch gehalten. Es war aber gleichzeitig der Wunsch ausgedrückt worden, daß man sehr bald nach diesem 75. Geburtstag doch an die Dinge herangehen solle. In der Zwischenzeit hatte sich die Sozialdemokratie mit der Frage der Wahl eines Bundespräsidenten beschäftigt und

beschlossen, daß sie nicht zu haben sein werde für eine Wiederwahl von Heuss oder – korrekter ausgedrückt – für eine Änderung der Verfassung, die eine Wiederwahl von Heuss ermöglicht hätte.

Damit war diese Frage, die im Gespräch manchen beschäftigt hat, ob man nicht die Verfassung dahingehend ändern könne, daß sie eine Wiederwahl von Herrn Heuss ermöglicht hätte, negativ entschieden. Die Sozialdemokratie hat dann als ihren Kandidaten den Herrn Professor Carlo Schmid nominiert. Sie hat mit dieser Nominierung, wie ich offen von mir sagen kann, zu meinem größten Erstaunen in der Öffentlichkeit einen Widerhall gefunden, den ich in keiner Weise erwartet hatte. Herr Carlo Schmid ist – das darf ich hier einfügen, es ist notwendig, hier darüber zu sprechen – nach meiner Meinung nicht die geeignete Persönlichkeit, ganz abgesehen von seiner Parteizugehörigkeit, um Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland zu werden. Was die politische Seite der Angelegenheit angeht, so hat Herr Carlo Schmid bei den ganzen großen politischen Fragen seit 1949 eine sehr große Rolle auf der negativen Seite gespielt. Er hat gegen die EVG gestimmt, er hat gegen den Eintritt in den Europarat gestimmt, er hat gegen den Eintritt in die NATO gestimmt; er hat gegen die Einführung der Wehrpflicht gestimmt, er war ein führender Mann in der Anti-Atomgeschichte.

Kurz und gut, davon soll nun das Schicksal des deutschen Volkes nicht nur jetzt, sondern wahrscheinlich auf Jahre hinaus entscheidend abhängen, ob wir zum Westen stehen und vom Westen gehalten werden oder nicht. Dieser Kandidat der Sozialdemokratie hat bei allen entscheidenden Abstimmungen während der beinahe zehn Jahre gegen den Westen votiert. Es erschien wohl vielen von uns für ganz unmöglich, durch die Bundesversammlung mit unseren Stimmen – denn die sind ja nötig – etwa den Herrn Schmid zu wählen und damit vor aller Welt den Eindruck hervorzurufen, als ob wir im Abstieg begriffen seien und die außenpolitische Meinung der Sozialdemokratie zum Siege im deutschen Volke gekommen wäre, während wir bis jetzt zehn Jahre lang die ganze Verantwortung getragen haben.

Die Reise von Carlo Schmid nach Moskau⁶ bekräftigt ja diese ganze Sache. Ich möchte übrigens zur Klärung hier sagen, die sozialdemokratische Mitteilung, daß Herr Schmid und Herr Erler jetzt nach Moskau führen, um damit den Eindruck des Alleingangs von Herrn Ollenhauer⁷ zu verwischen, ist falsch, ist nicht wahr. Herr Schmid und Herr Erler laufen schon seit zehn Jahren mit den Pässen in der Tasche herum für ihren Flug nach Moskau. Sie haben schon damals dem Herrn Außenminister von Brentano mitgeteilt, daß sie nach Moskau fliegen würden. Sie werden nächsten Montag fliegen. Aber nichtsdestoweniger, die Nennung dieses Namens hat in der

6 Zum Moskauaufenthalt Schmidts und Erlers vom 11. bis zum 17. März 1959 vgl. AdG 1959 S. 7612 und SCHMID S. 647–656.

7 Ollenhauer hatte am 9. März 1959 eine zweistündige Unterredung mit Chruschtschow auf dessen Einladung im Gebäude der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin. Vgl. AdG 1959 S. 7602f.; SCHMID S. 647.

Öffentlichkeit Anklang gefunden, aber nicht nur dort, sondern auch in Kreisen der CDU. Ich möchte das sehr nachdrücklich hier betonen, meine Herren! Auch unter den Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU ist eine Geistesverwirrung, die mir völlig unbegreiflich ist und bleiben wird.

Wir haben es ja schwerer, einen Kandidaten zu nominieren, als es die Sozialdemokratie hat. Die Sozialdemokratie ist eine zentralistisch aufgebaute Partei. Sie hat auch in ihrem Statut eine Bestimmung, wonach ein Parteirat – so heißt er wohl –, ein verhältnismäßig kleines Gremium, den Namen des Kandidaten benennt. Bei uns liegt die Sache anders. Die Landesparteien waren vor der Bundespartei da. Die Landtage waren vor dem Bundestag da. Bei uns muß eine übereinstimmende Entschliebung gefunden werden zwischen der Bundestagsfraktion und den Landtagsfraktionen; daher auch die Notwendigkeit, daß die Partei letzten Endes – aber das ist nicht der einzige Grund – entscheidet; denn in solch entscheidenden Dingen gehen nach meiner Meinung die Partei und die Parteiorganisation jeder Fraktion vor, möge es nun eine Landtagsfraktion oder die Bundestagsfraktion sein. Wir müssen aber doch versuchen, auf eine möglichst glatte Weise eine übereinstimmende Willensbildung zwischen der Bundestagsfraktion und den Landtagsfraktionen herbeizuführen. Wir haben Überlegungen hier in Bonn angestellt, mit denen wir nachher völligen Schiffbruch erlitten haben.

Wir waren zu der Überzeugung gekommen, man solle zunächst ein Gremium zusammenstellen, in dem die Frage des Hergangs erörtert werden müsse. Wir haben geglaubt, dieses Gremium – das ist nicht etwa meine Erfindung, ich habe auch nicht die Namen zusammengestellt – dadurch gefunden zu haben, daß wir insgesamt 17 Persönlichkeiten zu einer Aussprache nach Bonn beriefen.⁸ Wir haben bei der Auswahl dieser Personen versucht, Persönlichkeiten zu finden, die mit verschiedenen Eigenschaften an der Willensbildung der Fraktionen in der Bundesversammlung beteiligt sein würden, d.h. sie sollten entweder Bundestagsabgeordnete oder Landtagsabgeordnete, zugleich aber auch führende Persönlichkeiten im engeren Vorstand der Partei sein. Wir wollten den Kreis auf möglichst wenige beschränken. In einem ersten Gespräch mit dem Kollegen Krone meinten wir, wir kämen vielleicht mit zehn aus, wir sahen aber, daß das unmöglich war. So kamen wir schließlich auf 17 Persönlichkeiten, deren Namen ich nicht zur Hand habe, die ich aber auch nicht nennen möchte; nur wenn Sie wollen, kann das geschehen. Ich möchte betonen, daß von den 17 Persönlichkeiten zehn Bundestagsabgeordnete waren; dann waren drei Ministerpräsidenten, die auch im übrigen Parteileben eine große Rolle spielen, nämlich der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, von Schleswig-Holstein und von Nordrhein-Westfalen, dabei.

Wir haben weiter versucht, auch die CSU entsprechend zu berücksichtigen. Es war mit Herrn Seidel abgesprochen, daß von den 17 Mitgliedern die CSU vier stellen

⁸ Am 24. Februar 1959 (TERMINKALENDER). – Vgl. auch zum Folgenden SCHWARZ: Adenauer 2 S. 502–526.

sollte. Das hat sie auch getan; es waren dies der Vorsitzende Seidel, der stellvertretende Vorsitzende, der Generalsekretär und ein weiteres Mitglied der CSU. So haben wir versucht, so gut das bei einem solch komplizierten Organismus, wie es unsere Partei nun einmal ist, eben ging, möglichst allen gerecht zu werden. Wir waren uns völlig darüber klar – das möchte ich sehr nachdrücklich hier betonen –, daß dieses Gremium nicht etwa das Recht haben dürfe, eine Entscheidung zu fällen, sondern daß die Entscheidung zu fällen sei hier von der Partei, von der Bundestagsfraktion und von den Landtagsfraktionen. Wir wollten nur versuchen, in ein ruhiges Gespräch über diese ganze Frage zu kommen.

Wir sind dann zusammengewesen zu 16. Herr Arndgen feierte an dem fraglichen Tag seinen 65. Geburtstag und konnte deshalb nicht anwesend sein. Wir haben dann einige große Fragen besprochen, die ich auch hier anscheiden muß, weil sie nach meiner Überzeugung für die Zukunft eine Rolle spielen werden, und zwar einmal, wie stellt sich die Situation im Hinblick darauf, daß die Sozialdemokraten in der Person des Herrn Professor Carlo Schmid eine Persönlichkeit nominieren, die ganz offensichtlich eine große Anziehungskraft gezeigt hat. Wir waren dabei davon ausgegangen, daß man – da die Wahl geheim ist und ein erheblicher Teil der CDU/CSU aus Damen und Herren besteht, die von den Landtagen gewählt werden, welche die Wahl eines Vertreters für die Bundespräsidentenwahl als eine Art Verdienst für Parteimitglieder ansehen, die an sich nicht so politisch geschult zu sein brauchen – hier doch die politischen Gesichtspunkte sehr stark berücksichtigen müsse. Ich glaube, darüber waren alle Anwesenden einig.

Wir haben uns weiter gefragt, wie wird sich diese Bundespräsidentenwahl auf die Bundestagswahl des Jahres 1961 auswirken. Wir haben jetzt März 1959. Die Wahl des Bundespräsidenten ist im Juli dieses Jahres; er wird sein Amt im September antreten. Die Wahlagitation für die Bundestagswahl 1961 wird rechtzeitig beginnen müssen. Gerade die Bundestagswahl 1961 erschien uns allen bei der sich weiter komplizierenden Situation in der Welt für die Bundesrepublik von außerordentlich großer Bedeutung.

Lassen Sie mich hier einschieben, meine Freunde, daß tatsächlich seit dem Bestehen der Bundesrepublik die Situation in der Welt noch nie so schwierig, so kompliziert und so gefährlich gewesen ist, wie sie jetzt ist. Das liegt daran, daß auf der einen Seite Sowjetrußland erstarkt ist, daß sich aber auf der anderen Seite im Westen, der sich in der NATO zusammengeschlossen hat, doch gewisse Tendenzen bemerkbar machen hinsichtlich eines weniger engen Zusammenhalts. Nicht jedes Mitglied der NATO empfindet diesen Druck so unmittelbar wie wir. Es ist auch zu berücksichtigen, daß im Jahre 1960 die Wahl des Präsidenten der Vereinigten Staaten stattfindet, ein Ereignis von außerordentlich großer Bedeutung für die gesamte Außenpolitik. Wir waren also der Auffassung, daß man die Wahl des Bundespräsidenten im Zusammenhang mit der Bundestagswahl des Jahres 1961 betrachten müsse, und zwar zunächst einmal im Hinblick auf die Bestimmungen des Grundgesetzes, die ja dem Bundespräsidenten das Recht geben, nach der Wahl des Bundestages dem Bundestag

einen Vorschlag zu machen, wer Bundeskanzler werden soll. Ich darf noch einmal daran erinnern, daß hier nicht etwa der Bundestag die Initiative hat, sondern der Bundespräsident hat die Initiative. Wenn der Bundespräsident auf dem Boden unserer Politik steht, ist die Sache natürlich unendlich viel einfacher, als wenn er nicht auf dem Boden unserer Politik steht.

Bei der ersten Bundespräsidentenwahl vor zehn Jahren bestand eine Koalition mit der FDP und der Deutschen Partei, so daß die Wahl des Bundeskanzlers im Bundestag gesichert war, weil der Bundespräsident Heuss auf dem Boden dieser Koalition stand. Es war also damals völlig klar: Wenn Heuss zum Bundespräsidenten gewählt wird, dann wird er einen Mann von uns zum Bundeskanzler vorschlagen. Bei der zweiten Bundespräsidentenwahl vor fünf Jahren war eine ganz große Mehrheit für die Wiederwahl von Heuss. Das Ganze hatte sich damals so abgespielt, daß sich das Recht des Bundespräsidenten, nach der Neuwahl des Bundestages im Jahre 1957 einen Bundeskanzler vorzuschlagen, eigentlich von vornherein nach einer bestimmten Richtung auswirken würde. Aber niemand in der Welt weiß, wie die Dinge im Jahre 1961 liegen werden. Es haben sich in der Zwischenzeit parteipolitische Verschiebungen ereignet. Die FDP ist ausgeschieden und zu einem radikaleren Kurs übergegangen, wenn auch nicht in ihrer Gesamtheit, so aber doch viele, und zwar – wie mir Reinhold Maier selbst gesagt hat – in die Düsseldorfer Richtung⁹. Man kann schließlich nicht wissen, wie die parteipolitische Konstellation im Jahre 1961 sein wird, ob sich Möglichkeiten auf einmal abzeichnen werden, daß etwa im Bundestag eine Mehrheit gefunden werden könne ohne die CDU/CSU.

Aus diesem Grunde ist die Wahl des Bundespräsidenten, die wir in diesem Jahr vorzunehmen haben, unter dem Gesichtspunkt der Bundestagswahl 1961 betrachtet, parteipolitisch von größter Bedeutung und viel wichtiger, als es die erste und die zweite Bundespräsidentenwahl gewesen sind. Wir waren uns also klar darüber, daß man die ganze Situation unter dem Gesichtspunkt des Jahres 1961 betrachten müsse. Dann erhoben sich Meinungsverschiedenheiten, die ich in diesem Kreis erwähnen muß. Es wurde darüber gesprochen, ob man gut daran tue, als Bundespräsidenten wieder einen evangelischen Herrn zu wählen, oder ob man auf die Konfession überhaupt keine Rücksicht zu nehmen brauche. Ich habe von vornherein den Standpunkt vertreten, einen evangelischen Herrn zu wählen, und zwar im Hinblick auf die Bundestagswahl 1961. Wir sind uns wohl über folgendes klar: Wenn auch der größere Teil – es ist nie eine Statistik darüber gemacht worden, man konnte sie auch nicht machen – der CDU/CSU dem katholischen Bekenntnis angehört, so haben wir doch, um eine Mehrheit im Bundestag zu bekommen, zahlreiche Stimmen evangelischer Wähler – ich sage nicht CDU- oder CSU-Mitglieder, sondern

9 Mit Düsseldorfer Richtung bezeichnet Adenauer die Tendenz zu einer SPD/FDP-Koalition, wie sie nach einem konstruktiven Mißtrauensvotum gegen die Regierung Arnold (CDU) in NW im Jahre 1956 gebildet wurde, an deren Sturz maßgeblich die sog. Jungtürken der FDP beteiligt waren (SCHWARZ: Bundesrepublik 2 S. 367); vgl. auch PROTOKOLLE 2 S. 782–796.

evangelische Wähler – nötig. Ich sage Wähler, weil das Frauen oder Männer sind, die sich keiner bestimmten Partei angeschlossen haben und sich auch voraussichtlich bis zum Jahre 1961 nicht anschließen werden, die aber dann wählen. Wenn wir also von dieser Schicht der Wähler nicht einen entsprechend großen Teil der Stimmen bekommen, dann haben wir nur sehr wenige oder gar keine Aussichten, die absolute Mehrheit im künftigen Bundestag zu erreichen. Diese Auffassung wurde von dem größten Teil der 16 Teilnehmer geteilt. Das gilt namentlich für gewisse Teile im Rheinland, vielleicht auch in Rheinland-Pfalz, das weiß ich nicht sicher, aber es gilt sicher für den Norden der Bundesrepublik. Jedenfalls gilt es dort in verstärktem Maße.

Über diese Frage ist dann lange gesprochen worden. Ich möchte sehr nachdrücklich betonen, daß von irgendwelchen konfessionellen Gegensätzen innerhalb dieser Gruppe nicht nur nicht die Rede war, sondern überhaupt nichts zu spüren war; es hat sich dabei lediglich um die Frage gehandelt, die ich als Katholik für entscheidend ansehe zum Ausgang der Wahl 1961. Es wurden auch andere Ansichten als die meine laut. Es wurde sogar die Ansicht laut, nicht etwa die ganze Konfessionsfrage auszuschalten, sondern einen Katholiken zu wählen, weil sonst, wenn ein Evangelischer wieder zehn Jahre Bundespräsident sei, die Katholiken dann verlangen würden, daß ein Katholik während dieser Zeit Bundeskanzler sein müsse. Dieser Ansicht ist aber innerhalb des Gremiums entschieden entgegengetreten worden, insbesondere auch von mir. Ich stehe auf dem Standpunkt – und das habe ich auch gesagt –, daß, da der Bundeskanzler vom Bundestag gewählt wird und man in der künftigen Bundestagsfraktion wohl politisch klar ist bei der Wahl des Bundeskanzlers, die Konfession des Betreffenden nicht eine Rolle bei den Erwägungen spielen darf, sondern daß es sich darum handelt, den besten Mann, der für die Situation im Jahre 1961 der geeignetste ist, zu wählen, gleichgültig, ob er evangelisch oder katholisch ist. Diesem Standpunkt, der unter anderem auch von mir vertreten worden ist, wurde eigentlich nicht widersprochen.

Wir haben dann innerhalb dieses Kreises einen Schritt getan, der sich nachträglich vielleicht als zu voreilig herausgestellt hat. Wir haben uns die Frage vorgelegt: Ist es nicht richtig, bei einem so zugkräftigen Kandidaten wie Carlo Schmid von vornherein wenigstens den Gremien der Bundestagsfraktion und Landtagsfraktionen einen Namen zu nennen? Es wurden dann zwei Namen genannt. Es wurde der Name meines Nachbarn, Herrn von Hassel, genannt. Herr von Hassel wurde von allen Anwesenden, wie sich das ja auch ohne weiteres aus seiner bisherigen Arbeit ergibt, als außerordentlich gut qualifiziert angesehen. Man glaubte aber, daß man ihn aus zwei Gründen nicht nominieren solle. Einmal wurde von unseren Parteifreunden, insbesondere aus Niedersachsen – von Herrn Cillien und von Herrn Fricke –, erklärt: Wir können Herrn von Hassel während der nächsten Jahre im Norden der Bundesrepublik unter keinen Umständen in der Parteiarbeit entbehren. Er ist von sehr großer Bedeutung für die Parteiarbeit im Norden, nicht nur in seinem eigenen Land, sondern auch nach Hamburg, Bremen und Niedersachsen zu.

Dann erhob sich auch die Frage, ob man in Herrn von Hassel, der nicht so bekannt ist wie Carlo Schmid, in der Öffentlichkeit einen so zugkräftigen Kandidaten haben würde wie Carlo Schmid, wobei man auch noch die leise Besorgnis hatte, daß man nicht aller 497 CDU/CSU-Leute, insbesondere der Leute aus anderen Parteien, bei der Kandidatur des Herrn von Hassel unbedingt sicher sei. Lassen Sie mich Ihnen jetzt sagen – ich halte das aus bestimmten Gründen für notwendig –, daß ich bis montags – dienstags war die Sitzung – unbedingt für Herrn von Hassel gewesen bin, und zwar schon seit Monaten, weil ich diesen Gedanken schon seit Monaten hatte. Dann aber ist montags – jetzt muß ich doch den Namen nennen – Herr Schröder bei mir gewesen und hat mir auseinandergesetzt, warum er es für richtiger halte, den Herrn Erhard als Kandidaten aufzustellen. Die Gründe, die Herr Schröder mir an diesem Montagmorgen mitgeteilt hat, haben mich sehr beeindruckt. Ich habe Herrn Schröder gesagt, ich muß mal darüber schlafen, ich kann Ihnen nicht sofort sagen: Ich werde mich so oder so entscheiden.

Ich habe dann nach reiflicher Überlegung es allerdings auch für richtiger gehalten, Herrn Erhard, der ja eine außerordentlich große Popularität sowohl im Norden wie im Süden hat, zu nominieren. Ich glaubte, das tun zu können, weil Herr Schröder erklärte, daß Herr Erhard mit seiner Nominierung einverstanden sei. Herr Schröder sagte, daß er schon seit Wochen mit Herrn Erhard darüber gesprochen habe und daß Herr Erhard mit seiner Nominierung einverstanden sei, natürlich unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß die eigentlich bestimmenden Gremien sich in ihrer Meinung für ihn entschieden.

Nun wäre ich am liebsten mit diesem Ergebnis auseinandergegangen, aber da wurde die Frage, und zwar von Herrn Fricke meiner Erinnerung nach, aufgeworfen: ... (*Schröder*: Sie haben Herrn Erhard angerufen!) Darauf komme ich jetzt. Wir müssen etwas der Öffentlichkeit sagen; denn die Journalisten lauern draußen auf uns. Wenn wir zu 16 Mann hinausgehen, und jeder tritt den Journalisten einzeln gegenüber, dann kommen wir evtl. zu einem furchtbaren Durcheinander.

Es wurde dann die Frage erwogen, wie man diese Mitteilung an die Presse formulieren könne, ohne daß sich die zuständigen Gremien dadurch verletzt fühlten. Es ist dann eine Form gewählt worden, die etwa lautete, daß die Versammelten den zuständigen Gremien empfehlen, den Herrn Erhard zu nominieren. Ich wurde dann, nachdem wir soweit einig waren, beauftragt, Herrn Erhard telefonisch anzurufen. Herr Erhard war damals im Glottertal. Ich habe Herrn Erhard angerufen; Herr Erhard hat an dem Abend mir gegenüber ebenfalls erklärt, daß er unter der Voraussetzung, daß die zuständigen Gremien in ihrer Mehrheit dafür seien, bereit sei, dieses Amt anzunehmen. Darauf haben wir der Presse diese Mitteilung gegeben. Und dann ging der Sturm los in der Fraktion. Das werden Sie wohl nicht bestreiten! (*Krone*: Das tue ich nicht!) Dann gab es einen Mordskrach und viel Geschrei. Ich will nicht sagen, wenig Wölle, das denke ich mir dabei, aber ich will es nicht ausgesprochen haben. Jedenfalls gab es viel Geschrei. (*Gerstenmaier*: Aber sehr gute Wölle!) Das war die Meinung sehr vieler! Herr Gerstenmaier! Ich habe Sie bis jetzt geschont und habe Ihren Namen

nicht genannt. (*Gerstenmaier*: Aber mit einer Qualität bezeichnet!) Provozieren Sie mich bitte nicht, sonst muß ich Ihren Namen nennen. (*Gerstenmaier*: Ich habe nichts dagegen!) Dann will ich sagen, Sie sind es gewesen, der gesagt hat, ein Katholik muß Bundespräsident werden, damit der nachfolgende Bundeskanzler ein Protestant ist. (*Gerstenmaier*: „Eine faire Chance hat“, habe ich gesagt! Wenn schon, dann bitte auch eine exakte Definition!) Nicht „faire Chance“! Das ist keine exakte Definition! Ich bin auch noch eine Antwort auf einen Brief schuldig, in dem Sie mich auch falsch zitiert haben, Herr Gerstenmaier!¹⁰ Es wird allmählich so weit kommen, daß wir nur noch auf Band sprechen! Aber wir waren ja nicht allein, sondern es waren noch andere dabei, die bestätigen können, was Sie damals gesagt haben. (*Gerstenmaier*: Ich habe nichts dagegen!)

Sie haben erklärt, daß Sie früher gehen mußten, weil Sie – ich weiß nicht, wen – Gäste hätten. Ich habe dann folgendes gesagt: Wenn es sich darum handelt, einen Mann zu wählen, der eine größere Strahlungskraft hat, dann ist es selbstverständlich, daß das Herr Erhard sein muß. Und dann haben Sie weiter gesagt: Ich bin gegen alle, ich bin für einen Katholiken. Und damit sind Sie hinausgegangen. (*Zuruf*: Sehr richtig!) Und weil Herr Gerstenmaier das gesagt hat, haben wir – so konzilient waren wir – keine Abstimmung vorgenommen, nachdem Herr Gerstenmaier nicht mehr da war. Ich verdanke es eigentlich dem Herrn Fricke. Ich hätte abgestimmt, um klarzustellen, wie die Stimmung war.

Und dann ging der Krach los in der Fraktion. Ich will Herrn Gerstenmaier entgegenkommen und sagen, es war synthetische Wolle bei dem Geschrei, aber keine echte Wolle. Aber dann ging das Geschrei los. Und dann wurde Herr Erhard bestürmt. Herr Erhard kam nach Bonn und hat mit dem Vorsitzenden der Fraktion gesprochen. Er war bei mir und war beim Bundespräsidenten. Er war am Samstag bei mir und hat gesagt: Die Fraktion und alle bestürmen mich, ich soll das nicht tun. Was soll ich jetzt machen? Ich habe ihm gesagt: Wenn Sie klug sind, fahren Sie ins Glottertal zurück und sagen gar nichts. Warten Sie ruhig einmal ab, wie sich die zuständigen Gremien zu der ganzen Sache verhalten. Er war dann beim Bundespräsidenten. Wie mir der Bundespräsident später gesagt hat, hat der Bundespräsident ihm dringend geraten, es anzunehmen. Er hat ihm auch gesagt, daß er als Bundespräsident in ungleich stärkerem Maße als bisher die Möglichkeit hätte, den Prinzipien, nach denen er gearbeitet habe, allgemein Achtung und Geltung zu verschaffen.

Dienstag war Fraktionssitzung.¹¹ Ich muß hier einfügen, ich hatte schon an dem Abend, wo wir zu 16 zusammen waren, eine Grippe mit Fieber und mußte danach sofort ins Bett, sonst wäre ich am Tage darauf in die Fraktion gegangen und hätte das alles persönlich aufgeklärt als Vorsitzender der Partei. Das konnte ich leider nicht,

10 Brief Gerstenmaier vom 9. März, Antwort Adenauer vom 23. März 1959 (StBKAH III/18). – Bei dieser Auseinandersetzung ging es um die mögliche Kandidatur von Carlo Schmid (SPD).

11 Am Dienstag, dem 3. März 1959.

sondern konnte erst am Dienstag der darauffolgenden Woche die Fraktionssitzung besuchen.

Wie ich morgens hierher kam, hörte ich, daß – entgegen der Absprache mit Herrn Erhard – Herr Erhard schon der Presse die Mitteilung gegeben hatte, daß er nicht annehme und auch schon dahin gehende Entwürfe von Schreiben an Herrn Krone und Herrn Höcherl gemacht habe. Ich habe Herrn Erhard sofort angerufen und ihm gesagt: Herr Erhard! Wir haben heute nachmittag Fraktionssitzung. Ich weiß nicht, wie die ausfallen wird. Bitte schreiben Sie doch wenigstens erst dann, bis [!] die Fraktionssitzung gewesen ist. Ich rufe Sie heute abend um neun Uhr an. Ich weiß nicht, wie lange die Fraktionssitzung dauern wird. Da hat er mir gesagt: Um halb Zwölf hat dpa die Blitzmeldung verbreitet, daß ich verzichte. Damit war die Sache aus und der bedauerliche Zustand eingetreten. In der Öffentlichkeit ist das sehr übel unserer Partei angekreidet worden. Darüber müssen wir uns völlig klar sein.

Nun haben wir zu überlegen, was wir jetzt machen sollen. Wir müssen wieder von vorn anfangen! Damit nun nicht, wie damals bei den 17, gesagt wird, wir hätten das Gremium willkürlich zusammengestellt, hat Herr Kollege von Hassel mit einigen anderen Vorsitzenden der Landesparteien ein System ersonnen, um zu einem, wenn auch nicht legitimen, so doch zu einem legitimeren Gremium zu kommen, in dem man die ganzen Fragen einmal besprechen kann. Das ist etwas kompliziert; ich möchte daher Herrn von Hassel bitten, Ihnen das System einmal klarzulegen. Es soll Ihnen zuerst als dem Bundesvorstand der Partei unter Zustimmung der CSU, deren Vertreter hier sind, die ich herzlich begrüße, vorgelegt werden.

Das ist der gegenwärtige Zustand. Wir sind weiter der Auffassung, daß man während der nächsten Zeit möglichst überhaupt keinen Namen nennen sollte, damit nicht wieder eine Rederei und ein Kesseltreiben losgeht und niemand mehr kopfscheu gemacht wird. Wir dürfen auch keinesfalls mehr als Partei, die nun diesen Staat seit Anbeginn trägt, und zwar in der kritischsten Situation, die dieser Staat bisher gehabt hat, das Schauspiel bieten, daß wir uns nicht einigen können auf einen Mann, der nun Bundespräsident wird. (*Bitter:* Sehr richtig!) Wir sollten deswegen keinen Namen nennen und sollten zunächst einmal ruhig Wasser den Rhein hinunterlaufen lassen.

Ich möchte noch eins erwähnen. Zufällig waren damals um das Wochenende in Hamburg die Landesvorsitzenden versammelt. (*Zuruf:* Die Fraktionsvorsitzenden!) Die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen. Ich habe gar keine Ahnung davon gehabt. Ich sage es nur, damit Sie nicht glauben, von hier aus sei irgend etwas gesteuert worden. Die Herren haben von sich aus erklärt, Herr Erhard sei ein geeigneter Kandidat für die Bundespräsidentenwahl.

Nun sitzen wir hier und wollen versuchen, in Eintracht und Frieden wieder von vorn anzufangen. Ich möchte Herrn von Hassel bitten, das System, das er mit einigen anderen Herren zusammen ausgedacht hat, uns vorzutragen.

Von Hassel: Als Punkt 2 der Tagesordnung steht hier:

BERICHT ÜBER ORGANISATORISCHE FRAGEN DER PARTEI

Anlaß zu diesem Bericht sind drei Gespräche gewesen, die die Landesvorsitzenden mit den stellvertretenden Bundesvorsitzenden und den geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern hier in Bonn gehabt haben. Das erste Gespräch ist gewesen um die Monatswende November/Dezember, das zweite Gespräch war am 22. Januar und das dritte Gespräch am 5. März. Die Landesvorsitzenden haben sich in diesen drei Konferenzen nicht mit den Namen zu dieser Bundespräsidentenwahl beschäftigt, sondern lediglich mit Dingen, die mit dem Verfahren zu tun haben, jedoch mit einer Ausnahme, daß am vergangenen Donnerstag im Anschluß an diese Sitzung der Herr Bundeskanzler gebeten hatte, daß die Landesvorsitzenden nachmittags unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Paris zu ihm ins Palais Schaumburg kommen möchten.

Über das Verfahren, das wir erörtert hatten, habe ich dann dem Herrn Bundesvorsitzenden – da ich die Sitzungen leitete – im Beisein der übrigen Landesvorsitzenden berichtet. Der Grundgedanke dabei ist der gewesen, daß für eine solch wichtige Sache das zuständige Gremium, nämlich der Bundesparteivorstand, die Grundentscheidung haben soll, daß aber angesichts der Bundesversammlung, die ja zur Hälfte aus Bundestagsabgeordneten und zur anderen Hälfte aus Landtagsabgeordneten besteht, zur Vorbereitung dieser Fragen neben dem Bundesvorstand ein entsprechender Anteil aus der Bundestagsfraktion der CDU und ein entsprechender Anteil aus den Länderfraktionen der CDU hinzukommen solle. Zu diesem so geschaffenen Körper soll dann ein entsprechender Anteil der CSU – etwa ein Viertel – hinzukommen.

Wenn man das addiert, dann ergibt sich folgendes:

40	Mitglieder des Bundesvorstandes
20	Mitglieder der Bundestagsfraktion
20	Mitglieder aus den Landtagsfraktionen
15-20	Mitglieder aus der CSU

Es kommt also ein Gremium von rund 90 bis 95 Köpfen dabei heraus. Wir waren uns darüber klar, daß man aber mit einem solch großen Gremium nicht über alle Einzelheiten beraten könne. Deswegen haben die Landesvorsitzenden angeregt, ein Gremium zu beauftragen, das in aller Ruhe, möglichst fern von jeder Publizistik, eine Prüfung dieser Frage vorbereiten soll, um dann nachher dem Gesamtgremium entsprechend zu berichten.

Man glaubte, es sei richtig, wenn man von 95 Leuten im Endergebnis ausgeht, daß für diese Vorbereitung etwa ein Viertel des Gesamtgremiums zusammentreten solle, und zwar

10	Mitglieder des Bundesvorstandes
5	Mitglieder der Bundestagsfraktion
5	Mitglieder der Landtagsfraktionen,

davon ein Viertel Mitglieder der CSU, also rund 20 bis 28 Personen, maximal 30.

Der Herr Bundeskanzler war aber ein wenig skeptisch und hat gesagt: Wer macht denn die Reduzierung auf ein Viertel? Das ist doch immer schwierig. Wir haben uns inzwischen detaillierte Gedanken gemacht, Herr Bundeskanzler, und würden vorschlagen, im Prinzip heute folgendes festzulegen. Wir sprechen heute nicht über Namen, sondern lediglich über das Verfahren. Es wird ein solches Gremium einberufen, an dessen Endberatung nachher der Gesamtkreis – wie ich ihn nannte – teilnimmt. Bei der genauen Ausarbeitung eines solchen Vorschlages sind wir zu einem ein wenig abweichenden Verfahren gekommen. Wir würden anregen, daß sich dieses beratende Gremium für die Vorbereitung wie folgt zusammensetzt: 1. aus dem Bundesvorsitzenden und seinen Stellvertretern, 2. aus dem Bundestagsfraktionsvorsitzenden und seinen Stellvertretern, 3. aus den Landesvorsitzenden und dem Vorsitzenden der Jungen Union und 4. aus den Ministerpräsidenten der CDU, dazu ein äquivalenter Anteil der CSU, d.h. etwa ein Viertel.

Das ergibt eine Summe von etwa 33 Leuten; es kann auch einer mehr oder weniger sein. Hiervon sollen neun dem Bundestag angehören, zehn oder elf sind Landesvorsitzende, die gleichzeitig den Landesparlamenten angehören, so daß also eine Überlappung zwischen Bundesvorstand, der Fraktion hier in Bonn und den elf Landtagsfraktionen stattfindet.

Wenn man sich zu einem solchen Verfahren bereit fände, hätte man alle drei Gremien zusammengefaßt, nämlich den Bundesvorstand und die Vertreter aus den Parlamenten, die nachher wählen müssen. Man hätte alle regionalen Gesichtspunkte gewürdigt, die dabei herangezogen werden können. Man hätte dann – mit einer geringen Modifizierung des Vorschlags von Montag – eine Diskussionsgrundlage. Nur sollte man heute nicht zu Personen, sondern lediglich zu diesem Verfahren sprechen. Damit würden wir jede Spekulation der Presse ausschließen.

Adenauer: Meine Herren! Darf ich das grob wiederholen! Wir bauen zunächst ein Gremium auf, das aber nicht zusammenzutreten braucht in dieser Totalität von rund 90 Leuten. Das soll sich dann selbst wieder verkleinern auf 25 bis 30 Mann.

Von Hassel: Wir würden zweierlei beschließen und sagen: Zur endgültigen Entscheidung laden wir unter Ihrem Vorsitz ein den Bundesvorstand; dazu bekommt Herr Krone den Auftrag, für die Fraktion 20 Leute zu nominieren. Das gleiche sagen wir den Fraktionsvorsitzenden der CDU, die ebenfalls 20 Abgeordnete bestellen. Außerdem übermitteln wir die Bitte an die CSU, einen äquivalenten Anteil einzuladen.

Adenauer: Verzeihen Sie, soll dann dieses größere Gremium ... (*von Hassel:* Das soll vorher nicht zusammentreten, sondern es steht am Schluß!) Das ist aber anders, als wir damals besprochen haben. Neulich hatten wir besprochen, daß wir auf etwa 80 kämen, und dann sollte zurückgegangen werden auf ein Viertel, also auf etwa 20, wobei ich gesagt habe, dann seien Sie derjenige, der es denen beibringt,

daß von den 80 drei Viertel wieder wegtreten. Das ist ja immer eine schwierige Manipulation. (*Von Hassel*: Herr Bundeskanzler! Wir würden zweierlei beschließen: Für die Endentscheidung soll dieses größere Gremium zusammentreten, aber für die Vorbereitungsarbeiten soll eine Kommission eingesetzt werden, die so und so aussieht.) Verzeihen Sie, Herr von Hassel! Soweit waren wir aber damals nicht gekommen, daß dieses größere Gremium die endgültige Nominierung machen soll.

Von Hassel: Doch, Herr Bundeskanzler, wir haben es gesagt, nur war nicht klar, ob dieses größere Gremium zweimal zusammentreten soll, nämlich einmal zur Konstituierung mit dem Auftrag, ein kleineres Gremium daraus zu entwickeln, und zweitens zur Entscheidung am Schluß. Wir sind der Meinung, es genügt, wenn am Ende der große Kreis zusammenkommt. Wir sollten aber heute einen kleinen Vorbereitungskörper festlegen.

Adenauer: Ich hatte es damals anders verstanden; aber das mag an mir liegen. Dann würde also die Bundestagsfraktion mit ihren 271 Leuten sich diesem Gremium fügen müssen? (*Krone*: Führen? Nein, nein!) Herr Krone! Ich spreche nicht von „führen“, sondern ich sage „fügen“. Ich weiß nicht, wie Sie das nennen wollen, was ich erlebt habe. Aber lassen wir das dahingestellt. Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, daß dann die Bundestagsfraktion mit ihren 271 Abgeordneten sich fügen muß der Entscheidung eines Gremiums von etwa 90 Leuten. Es kommt dabei auf einen mehr oder weniger nicht an.

Von Hassel: Es wären auch diejenigen Leute aus dem Bundesvorstand, die gleichzeitig in der Fraktion sind; und das ist schon eine ganze Menge. Das sind z.B. Frau Brauksiepe, Herr Hellwig, Herr Zimmer, Herr Gradl usw. Es kommen mehr als 20 dabei heraus.

Adenauer: Darauf kommt es nicht an. Meinetwegen mögen es 30 sein, die dem Bundestag angehören. Aber man müßte überzeugt sein, daß die Bundestagsfraktion mit ihren 271 Abgeordneten sich dieser Entscheidung auch fügt. Es bleibt nichts anderes übrig! Man muß sich doch über diese Schwierigkeiten klar sein.

Fay: Ich habe vor acht Tagen mitgewirkt an der Ausarbeitung dieser Idee. Der Gedanke ist an sich gut; denn man versucht, die Sache auf eine bessere Grundlage zu stellen. Der letzte Gedanke, den Herr von Hassel vorgetragen hat, ist eigentlich nicht praktikabel, nämlich zuerst ein größeres Gremium zu schaffen und dann mit Mühe und Not daraus ein kleineres Gremium zu machen und dann wieder an das größere Gremium zu gehen, wobei man der Bundestagsfraktion und den Landtagsfraktionen zumutet, daß sie sich dieser Entscheidung unterwerfen. Ich glaube daher, es ist vernünftiger, wir gehen den kleinen Weg, den Sie als zweite Lösung vorgeschlagen haben, nämlich das 33er Gremium aufzustellen. Wir müssen dann allerdings einen Vorschlag ausarbeiten, von dem man annehmen kann, daß die Fraktion ihn auch annimmt. Ich glaube nicht, daß der Herr Krone Ihnen sagen kann: Die Fraktion verpflichtet sich, das anzunehmen.

Ich gehöre nicht zu dieser Fraktion, aber nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben, wird die Fraktion das nicht tun. Es kommt also darauf an, einen

annehmbaren Vorschlag zu machen, der auch überzeugend ist. Dann werden sich die Fraktionsmitglieder diesem Vorschlag auch beugen, und zwar freiwillig. Ich glaube, ich sehe die Sache so richtig. Der komplizierte Weg ist das große Gremium. (*Lebhafte Unruhe.*) Ich sitze im Brennpunkt verschiedener Strahlen und spüre die unmittelbare Wirkung. (*Hellwig: Haben Sie ein Geigergerät? – Anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Meine Herren! Ich möchte doch darum bitten, daß wir uns laut und vernehmlich austoben, aber nicht so in dieser Unruhe!

Fay: Ich will zum Schluß sagen: Diesem Verfahren, nämlich zuerst ein großes Gremium zu schaffen, aus dem dann ein kleineres entwickelt werden soll, und dann wieder mit dem großen Gremium zusammenzutreten, habe ich zuletzt selbst zugestimmt. Dieser Weg ist gut gemeint, aber wir sollten doch lieber den anderen Weg gehen, nämlich ein Gremium von 33 Leuten zu schaffen, und zwar bestehend aus einem verkleinerten Bundesvorstand, aus Bundestagsabgeordneten, Landtagsabgeordneten unter der Autorität des Bundesvorsitzenden, und zwar gekoppelt mit der CSU. Wenn dann der Vorschlag praktikabel und annehmbar ist, werden wir die Sache durchbekommen. (*Unruhe. – Zurufe: Ja, wenn?*)

Adenauer: Herr Kollege Fay! Ich möchte ausdrücklich betonen, natürlich kann sich Herr Krone nicht verpflichten, daß die Fraktion zustimmt, aber wir müssen doch die Aussicht haben, daß sie dafür ist. Die Fraktion ist doch der größte Körper in diesem ganzen Gremium.

Krone: Ich will auf das, was hinter uns liegt, nicht mehr zurückkommen. Einen Führungsanspruch hat die Fraktion nicht erhoben, und sie erhebt ihn auch heute nicht. Wenn dieser Kreis so zusammengesetzt wird, wie es hier umrissen worden ist, dann wird, so glaube ich, die Bundestagsfraktion genau wie jede andere Landtagsfraktion dazu ihr Ja sagen. Wenn das also geschieht, dann glaube ich, von mir aus sagen zu können, es kommt in Ordnung.

Blumenfeld: Wenn wir uns in diesem Kreis darüber klar sind, daß das Primat der Entscheidung über die Auswahl des Kandidaten nicht bei der Bundesversammlung, sondern bei der Partei liegt, dann ergibt sich das von ganz allein, und ich darf das unterstützen, was die Herren von Hassel, Dr. Fay und Dr. Krone gesagt haben. Ich sehe also keine Schwierigkeiten.

Adenauer: Aber ich habe die Schwierigkeiten erlebt. (*Blumenfeld:* Das war auch ein anderer Weg!) Nein! Das war kein anderer Weg! (*Blumenfeld:* Da waren doch die Parteigremien nicht dabei!) Verzeihen Sie, das war nur eine Empfehlung, die mit Rücksicht auf die Umstände gemacht worden ist. Ich hatte selber keine Empfehlung vorgesehen. Auch die Veröffentlichung war nicht vorgesehen, aber andere Herren bestanden darauf wegen der Presse. Und dadurch kam dann das Ganze. Die Fraktion sagte: Man hat uns gesagt, wir sollten gehört werden. Nun waren von den 17 Teilnehmern zehn Mitglieder der Fraktion. Aber die Fraktion wollte gehört werden. Nun freue ich mich, daß Herr Krone glaubt, daß die Fraktion das akzeptieren wird. Ich sage Ihnen ganz offen, ich habe diese Überzeugung nicht. Ich kann mir nicht helfen! Ich möchte aber die Partei davor bewahren, daß wir noch einmal eine Katastrophe

erleben. Deswegen würde ich vorschlagen, wenn wir diesen Vorschlag annehmen, daß auch die Fraktion des Bundestages dem zustimmt.

Krone: In diesem Gremium ist die Partei vertreten, die Bundestagsfraktion und die Landtagsfraktionen; ein sehr ordentlich zusammengesetztes Gremium. Dieses Gremium macht einen Vorschlag, und der muß dann von den Fraktionen akzeptiert werden. Ich glaube, das kommt in Ordnung. Aber ich muß es ablehnen, nur mich zu fragen und die Landtagsfraktionen nicht zu fragen.

Gerstenmaier: Herr Bundeskanzler! Ich bin mit dem Vorschlag des Herrn von Hassel einverstanden. Ich bin nicht der Meinung, daß der Fraktionsvorsitzende im Bundestag eine Erklärung abgeben kann, daß eine Diskussion über den von diesem Gremium – hoffentlich einstimmig – präsentierten Vorschlag nicht stattfindet. Wenn man eine solche Erklärung von dem Fraktionsvorsitzenden erwartete, dann würde man ihn überfordern. Er kann das doch unter keinen Umständen tun. Wir haben nur die Aussicht, daß eine solche Diskussion in der Fraktion verhältnismäßig kurz sein wird, wenn nämlich der Vorschlag einleuchtet, so daß die Fraktion ihm folgt; denn die Fraktion murt ja nicht ohne Argumente und nicht ohne Gründe. Sie murt aber, wenn sie gute Gründe hat. Deshalb murt sie ja so selten! (*Heiterkeit.*) Daß sie das Recht zum Murren hat, wollen wir festhalten. Ich sage also, es kommt auf die Qualität des Vorschlags an, ob er einstimmig gemacht wird usw. Dann wird sich entscheiden, ob man die Sache in der Fraktion über die Bühne bringt. Wenn Sie Schwierigkeiten in den Gremien haben, dann werden sich dieselben Schwierigkeiten auch in der Fraktion zeigen. Wenn die Schwierigkeiten in diesem Gremium verhältnismäßig schnell ausgeräumt werden können, dann werden sie sicher in der Fraktion noch schneller ausgeräumt werden. Darauf kann man sich nach meiner Überzeugung verlassen. Aber man kann sich nicht darauf verlassen, daß eine Aussprache in der Fraktion in einer so wichtigen Sache überhaupt nicht stattfindet. Infolgedessen erwarte ich von dem Vorsitzenden der Fraktion nichts anderes, als daß er sich in seiner Fraktion für diesen Vorschlag einsetzt. Und wenn er das kann, will ich ihn unterstützen.

Adenauer: Darf ich, weil mit der ganzen Materie leider Gottes wieder etwas Staub aufgewirbelt wird, etwas dazu sagen. Kein Mensch hat daran gedacht, Herr Gerstenmaier, daß die Bundestagsfraktion keine Diskussion führen soll, aber was ich gehört habe, war keine Diskussion. Das kann ich nicht Diskussion nennen.

Ich darf vorausschicken, daß die Fraktion bei dem Vorschlag, Herrn Erhard zu nominieren, doch sehr stark beteiligt war. Trotzdem hat sie nicht mitgemacht. Ich möchte aber auf folgendes aufmerksam machen. Wenn eine Persönlichkeit von Bedeutung – die wollen wir doch haben – in der Fraktion zerredet wird, namentlich nach dem, was nun einmal passiert ist, dann suchen Sie sich bitte einen, der das mitmacht! Das müssen Sie doch auch dabei berücksichtigen.

Gerstenmaier: Herr Bundeskanzler! Sie haben recht, man kann das auch in Zukunft nicht ausschließen. Trotzdem bin ich der Überzeugung, wenn es in diesem Gremium gelingt, einen Vorschlag zu machen, gegen den so starke Argumente wie gegen den Schröderschen ... (*Schröder:* Den Sie aber nicht ...) Lassen Sie mich

ausreden! (*Schröder*: 16 Leute waren dafür! Das ist eine ganz falsche Darstellung! – *Lebhafte Unruhe*. – *Zuruf*: Nachher war es einmütig!) Meine Herren! Wenn es weniger Widerstand auf einen solchen Vorschlag gibt in diesem größeren Kreis, dann wird man sehen, welche Chance ein solcher Vorschlag hat. Je weniger Widerstände in dem vorbereitenden Kreis sind, desto sicherer bringen Sie den Vorschlag in der Fraktion über die Bühne, und zwar ohne große Auseinandersetzungen.

Adenauer: Ich habe in meiner ganzen Parteitätigkeit selten eine solche Übereinstimmung gesehen wie in diesem Gremium, das an diesem Tag zusammengetreten ist. Das habe ich selten erlebt. (*Gerstenmaier*: Dann verstehe ich die Widerstände nicht!) Ich möchte noch betonen, daß die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen, die zufällig in Hamburg zusammen waren, sich sogar einmütig dazu bekannt haben. Das war eine seltene Übereinstimmung. (*Gerstenmaier*: Nicht ganz! – *Fay*: Mit Abstrichen! Die haben Krach gehabt. – *Anhaltende Unruhe*.) Meine Herren! Ich möchte auf folgendes aufmerksam machen. Herr von Hassel hat mir eben das Verzeichnis der Herren und Damen gegeben, wie sie sich nach seinem Vorschlag zusammensetzen sollen.¹² Nun weiß ich nicht, wer Vorsitzender einer Landtagsfraktion ist, aber ganz sicher ist hier kein Landtagsfraktionsvorsitzender als solcher genannt, sondern hier sind nur folgende Gruppen aufgeführt: Bundesvorstand, Bundestagsfraktion und Bundestagsfraktionsvorstand, Ministerpräsidenten, Landesvorsitzende. (*Lensing*: Westfalen ist nicht drin!) Das weiß ich nicht. (*Gerstenmaier*: Die sollen aber dabeisein! – *Zuruf*: Wir sind angewiesen auf die Landtagsfraktionen! Die müssen dabeisein! – *Unruhe*.) Meine Herren! Sie setzen sonst auch die Landesvorsitzenden vor eine Aufgabe, die außerordentlich schwer zu lösen sein wird; denn auch in den Landtagsfraktionen gibt es Individualisten, nicht nur bei uns. (*Gerstenmaier*: Sehr richtig!) Freuen Sie sich, daß Sie es waren! Wenn wir die Fraktionsvorsitzenden nicht dabei haben, dann bekommen wir sicher Schwierigkeiten.

*Wacher*¹³: Wir haben uns im engsten Kreise Gedanken gemacht und wollen dazu beitragen, daß das, was das letzte Mal nicht gutgegangen ist, in Zukunft verhindert wird. Ich bin dafür, daß wir sowohl von der Bundestagsfraktion als auch von den Landtagsfraktionen sogenannte Wahlmänner aufstellen, die von den Fraktionen beauftragt werden, diese Nominierung durchzuführen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Vorstand der Fraktion, ohne daß die Fraktion gehört wird, in der Lage sein soll, diese Nominierung vorzunehmen. Das gleiche gilt für die Länder. Wenn wir es aber so machen, haben wir die Schwierigkeiten von vornherein ausgeschaltet.

Adenauer: Herr Wacher! Wenn wir den Bundesvorstand vertreten sein lassen, was ich für richtig halte – denn es ist eine Parteisache –, dann müssen Sie mit Rücksicht auf den föderalistischen Charakter der CDU – die CSU ist nicht so

12 Aktenvermerk in ACDP I-028-028/5. Protokolle der Sitzungen dieses Gremiums in ACDP VII-001-062/1.

13 Gerhard Wacher (1916–1990), Dipl.-Ing., Landwirtschaftsrat; 1953–1963 MdB (CSU, zuletzt Parlamentarischer Geschäftsführer). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 960 Anm. 85.

föderalistisch, sie ist nur eine Landespartei, die gleichzeitig mit der Arbeitsgruppe in der Bundestagsfraktion identisch ist – auch die Fraktionsvorsitzenden der Landtage berücksichtigen. Dort sind auch Individualisten. Da sind Herren dabei, die Krach schlagen werden. Ich darf einmal die Namen verlesen: Endres, Dr. Großkopf, Sieveking, Hermann¹⁴, Stuckel, Schmitt¹⁵, Marwede, Heubl¹⁶, Scherf¹⁷ usw. Diese Leute können wir doch nicht übergehen. (*Gerstenmaier*: Sie können aber nicht die Landesvorsitzenden vor den Fraktionen sprechen lassen!)

Von Hassel: Ich muß darauf aufmerksam machen, daß das Primat der Bundespartei und der Landtagsparteien irgendwie im Vordergrund stehen muß. Wenn wir die Landesvorsitzenden hinzunehmen, gehe ich davon aus, daß die Landesvorsitzenden in der Lage sind, nachher vor ihren Freunden im Lande einen Vorschlag, wenn er erörtert wird, auch zu vertreten. Die Fraktionsvorsitzenden haben sich, wie mir gesagt worden ist, in Hamburg lediglich einmütig hinter Erhard mit der Begründung gestellt, er sei vorgeschlagen worden, und nunmehr müsse man es durchziehen. Das ist die Begründung gewesen, aufgrund derer sie zu diesem Beschluß gekommen sind.

Ich habe keine Bedenken, die zehn Herren hinzuzufügen. Es wäre nur die Frage: Je größer der Kreis, desto schwieriger die Erörterung der Namen. Man muß ihn aber so groß machen, daß nachher seine Auffassung auch in anderen Gremien vertreten und durchgesetzt werden kann, andererseits darf er aber nicht größer sein, als daß offen in diesem Kreis beraten werden kann. Dafür aber einen besseren Weg zu finden, wüßte ich keinen anderen Vorschlag. Es würde also heißen: $33 + 10 = 43$. (*Altmeier*: Ist zuviel!) Auf wen soll man verzichten, Herr Kollege Altmeier? (*Altmeier*: Auch auf den Vorstand der Bundestagsfraktion! Dann ist es überall gleichgezogen!) Es sind nur drin der Vorsitzende und seine vier Stellvertreter. (*Gerstenmaier*: Herr Altmeier hat trotzdem recht! – *Altmeier*: Der Bundesvorstand ist in Ordnung, aber nicht der Vorstand der Bundestagsfraktion!) Es sind der Vorsitzende und die vier Stellvertreter, das sind zusammen fünf. (*Gerstenmaier*: Das ist doch eine ungleiche Behandlung!

14 Dr. Franz Hermann (1904–1993), Domkustos; 1925–1930 Studium der katholischen Theologie (1930 Priesterweihe), 1932–1936 Studium der Volkswirtschaft und Staatslehre (Promotion zum Dr. rer. pol.), 1952–1960 Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung bzw. des Landtags von Baden-Württemberg (CDU, seit 1953 Fraktionsvorsitzender), 1961–1980 Direktor des Borromäusvereins, Mitglied im Rundfunkrat des Deutschlandfunks.

15 In der Vorlage: Schmidt. – Josef Schmitt (geb. 1921), Berufssoldat, Kaufmann; 1955–1965 MdL Saar (CDU, 1957–1960 Fraktionsvorsitzender, 1961–1965 Landtagspräsident), 1965–1976 MdB.

16 In der Vorlage: Heufele. – Dr. Franz Heubl (geb. 1924), Jurist; Mitgründer der CSU, 1970–1989 stv. CSU-Vorsitzender, 1948 Sekretär beim Verfassungskonvent der Ministerpräsidenten auf Herrenchiemsee, 1949 Mitarbeiter beim Parlamentarischen Rat in Bonn, 1950–1960 Bayerisches Kultusministerium (zuletzt als Regierungsdirektor), 1952–1955 Stadtrat in München, 1953–1990 MdL Bayern (1958–1962 CSU-Fraktionsvorsitzender), 1960–1962 Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, 1962–1978 Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter Bayerns in Bonn, 1978–1990 Landtagspräsident.

17 In der Vorlage: Schärf. – Dr. Alois Scherf. Vgl. Nr. 3 Anm. 6.

– *Altmeier*: Die Landesparteien sind doch dann nicht gleichwertig behandelt! – *Bewegung und anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Meine Herren! Herr Altmeier hat recht, es besteht hier tatsächlich eine Inkongruenz; die Bundespartei wird anders behandelt als die Landesparteien. (*Altmeier*: Jawohl!) Von der Bundespartei sind der Fraktionsvorstand und die Vorsitzenden der Partei dabei, von den Landesparteien sind nur die Vorsitzenden der Landesparteien dabei, aber kein Vertreter der Landtagsfraktionen! (*Altmeier*: Jawohl!) Dann bleibt nichts anderes übrig, daß wir auf 43 gehen. (*Gerstenmaier*: Wir können die Vorsitzenden der CDU- und CSU-Landesgruppen hinzunehmen, dann haben wir 43!)

Von Hassel: Ich habe Sorge, daß die Bundestagsfraktion sagen wird, aus elf Ländern sind elf Fraktionsvorsitzende dabei, aber von dem großen Körper der Bundestagsfraktion sind es nur fünf. Deshalb sind wohl Schwierigkeiten zu erwarten. (*Zuruf*: Zählen Sie mal die Mitglieder der Landtage zusammen! – *Unruhe.*)

Adenauer: Sie können machen, was Sie wollen! Nach meiner Auffassung sind auch zu wenig Herren von der CSU dabei. Das muß ich auch sagen. (*Von Hassel*: Plus ein Viertel!) Wenn Sie die Landesvorsitzenden hinzunehmen, wie Herr Altmeier nach meiner Meinung mit Recht sagt, dann müssen auch von der CSU noch Herren dazukommen. Dann werden wir auf 45 bis 50 kommen. (*Gerstenmaier*: Über 40 sollten wir nicht gehen, Herr Bundeskanzler!) Dann haben wir nachher die Schwierigkeiten zu Hause. Da sind mir aber doch die Schwierigkeiten vorher lieber in diesem geschlossenen größeren Kreis als nachher zu Hause. Ich möchte bitten, daß sich die Herren Landesvorsitzenden einmal dazu äußern. Ich sehe Herrn Johnen eifrig schreiben.

Johnen: Ich schreibe nicht eifrig, Herr Bundeskanzler! Aber wenn ich meine Ansprüche anmelde, dann muß ich mehr haben als die CSU. Nordrhein-Westfalen hat viel mehr Wähler!

Adenauer: Darum handelt es sich nicht! (*Johnen*: Wir stellen 56 Delegierte. Entsprechend dieser Größe müssen Sie mir mehr Leute geben!) Lieber Herr Johnen! Sie waren eben in Gedanken woanders. Sie wollen doch das Landeshaus umbauen, habe ich zu meiner Freude gelesen. Es handelt sich darum, ob von Nordrhein-Westfalen – um die zu nennen – lediglich die Landesvorsitzenden kommen, also Sie und Herr Lensing, oder auch Vertreter des Landtages von Nordrhein-Westfalen. Das ist die Frage. (*Johnen*: Die Vertreter der Fraktion müssen hinzukommen!)

Gurk: Ich bin grundsätzlich der Meinung, daß es in erster Linie eine Sache der Partei ist, die zum Siege führen muß. Deshalb müßte ich darum bitten, daß das Schwergewicht bei der Vorentscheidung bei der Partei liegt. Aber unabhängig davon bin ich dafür, daß man die Chefs der Landtagsfraktionen hinzuzieht. Die Sache steht gar nicht so leicht, wie Sie vielleicht denken. Der Herr Bundeskanzler hat mit Recht darauf hingewiesen, daß der Name Carlo Schmid draußen im Lande eine gewisse Zugkraft und einen Einbruch ausgelöst hat. Wir brauchen aber jede Kraft. Wir müssen auch über die Grenzen unserer CDU hinaus Wählerstimmen gewinnen, um

zum Erfolg zu kommen. Deshalb bin ich nicht so sehr der Meinung, daß das Ganze konfessionsarithmetisch entschieden werden soll. Wir können nur einen Schritt nach dem anderen tun. Jetzt ist der Schritt zum Bundespräsidenten zu tun. Ich kann mir denken, daß wir eher einen Protestanten als einen Katholiken wählen. Aber das nur am Rande!

Ich habe in diesen Tagen meinem Frauenausschuß einen ernsthaften Verweis erteilen müssen, weil die Frauen sich für Carlo Schmid zu erwärmen begannen. (*Heiterkeit und Bewegung.*) Meine Damen und Herren! Hier gibt es sehr ernste Bedenken. Ich darf zusammenfassen: Es ist in erster Linie eine Sache der Partei, aber nehmen Sie die Fraktionsvorsitzenden dazu, und sehen Sie, daß Sie gewinnen. Es ist gar nicht sicher, daß Sie gewinnen. Und wenn Sie den Bundespräsidenten verloren haben, dann haben Sie auch die Bundestagswahl 1961 verloren!

Adenauer: Zu dem zuletzt Gesagten nur einen Satz! Wenn Carlo Schmid Bundespräsident wird, dann hat er in zwei Jahren die SPD hoffähig gemacht. Das ist der kürzeste Ausdruck dafür. Dann werden viele Leute, die bis jetzt bürgerlich wählen, sagen, der Bundespräsident ist ein feiner Mann, denn er macht Einladungen und gibt Orden usw. Und dann macht er in zwei Jahren die SPD hoffähig. Darum handelt es sich hier um eine Angelegenheit von größter politischer Tragweite.

Hinzu kommt noch – ich habe es angedeutet –, daß eine geheime Wahl stattfindet. Hätten wir eine öffentliche Wahl, dann wäre die Sache anders. Wir können es also nicht kontrollieren. Wer steht denn dafür, was einer für einen Zettel in die Wahlurne hineinsteckt, wenn er politisch nicht so versiert ist? Deswegen muß die Wahl der Landtagsvertreter so politisch wie nur denkbar gemacht werden. Das ist noch unsere einzige Rettung.

Brauksiepe: Es sind nicht nur die badischen Frauen, die so gedacht haben, wie es Herr Gurk eben erzählt hat. Es ist schrecklich, wie populär Carlo Schmid gemacht wird, weil er jetzt nach Moskau fährt. Und es kommt der Mythos um Willy Brandt hinzu. Wir müssen uns überlegen, wie wir eine Gegenpropaganda starten können, sonst wird unsere Arbeit immer schwerer. Ich habe die Sorge, daß wir eine entsprechende Persönlichkeit noch fristgemäß benennen können. Ich wäre dafür, daß wir uns für die Benennung des Kandidaten einen Termin setzen, damit wir der Sache gerecht werden. Insofern bin ich über den bisherigen Ablauf der Dinge und Diskussion nicht ganz glücklich. (*Von Hassel:* Wir unterhalten uns doch nur über das Gremium, nicht über den Namen!) Ja eben, aber das gehört doch dazu!

Gradl: Herr Bundeskanzler! Wir haben eben hier bei uns über den Tisch gesprochen. Wir brauchen diese ganze Unterhaltung nicht zu führen, wenn wir einen überzeugenden Kandidaten im Augenblick hätten. Die Behauptung, daß mit Erhard einer genannt war, die gilt nicht; denn er war eben für einen großen Teil der Fraktion kein überzeugender Kandidat für die Bundespräsidentenschaft. (*Lebhafte Unruhe. – Zurufe:* Aha! – *Blank:* Nein!) Meine Herren! Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen! Und wenn Sie sich darüber wundern, dann müssen Sie sich die Frage vorlegen, warum war er das nicht. Nun will ich die sachliche Frage nicht zur Diskussion stellen, aber es

gab auch eine Formfrage dabei. Und das ist mit das Entscheidende. Deshalb ist diese Unterhaltung, die wir jetzt führen, so wichtig. Mit dem Gremium wird hoffentlich erreicht, daß die Formfrage für die Benennung des Kandidaten nicht mehr auftaucht. Ich bitte zu verstehen, ich bin nur ein einfaches Mitglied der Fraktion und gehöre nicht zum Vorstand, aber vielleicht höre ich deshalb mancherlei. Der Vorstand soll wissen, was die Mitglieder der Fraktion verärgert hat bei diesem Verfahren der Benennung des Kandidaten.

Die Mitglieder der Fraktion waren insbesondere deshalb verärgert, weil geraume Zeit hindurch ein anderer Parteifreund in der Öffentlichkeit unwidersprochen als Kandidat genannt worden war. (*Albers*: Sehr richtig! Und wer hat es dann so gemacht? – *Unruhe und Bewegung*.) Lassen wir das beiseite! Wir wollen nicht den alten Kram und Krach wieder aufwärmen. Ich will nur sagen, was nach meiner Meinung von Bedeutung ist für die Entscheidung. An einem Montag erfuhren wir, soweit wir nicht dem Fraktionsvorstand angehören, durch die Presse, daß in der Sitzung des Fraktionsvorstandes dieser Parteifreund erklärt hätte, daß er nicht kandidieren würde. Das war an einem Montag. Die meisten haben es am Dienstag morgen durch die Zeitung erfahren, daß dieser Parteifreund nicht kandidieren würde. Ehe man nun überhaupt zur Besinnung kam, stellte man nun fest, daß am Dienstag abend ein Gremium zusammengetreten war, und am nächsten Morgen erfuhren wir durch den Rundfunk, das Gremium habe den Bundeswirtschaftsminister Erhard benannt. Das war ein Verfahren, überraschend in seiner Form, daß schon dadurch die Fraktion verwundert und verärgert war, und zwar, wie ich glaube, mit Recht verärgert. Wenn man wenigstens ein Gremium zusammengerufen hätte, das von der Partei her offiziell legitimiert war, dann wäre sicherlich die Reaktion in der Bundestagsfraktion ganz anders gewesen.

Deshalb ist die Formfrage so wichtig. Ich gehe auf die sachliche Frage „Erhard: ja oder nein?“ nicht ein. Wenn aber nunmehr ein Gremium berufen wird, in dem in fairer Weise – gar nicht mit mathematischer Genauigkeit – die Gruppen, die überhaupt ernsthaft Anspruch erheben können, für diese Bundespräsidentenwahl vorher gehört zu werden, vertreten sind, dann wird die Fraktion sicherlich keine Einwendungen mehr machen. Sie wird infolgedessen auch dem sachlichen Vorschlag – mag er lauten, wie er will – mehr aufgeschlossen gegenüberstehen, als sie aus den geschilderten Umständen dem letzten Vorschlag gegenübergestanden hat.

Es ist hierbei nicht so wichtig, ob es nun 40 oder 35 Personen sind, es können auch 45 sein; aber wir haben ein Gremium, gegen das niemand Einspruch einlegen kann. Es sind alle Gruppen darin vertreten. Und damit müssen wir zu einer Entscheidung kommen.

Adenauer: Herr Gradl, Sie haben zum Teil recht, zum Teil haben Sie nicht recht. Sie haben darin recht, daß die Fraktion lange Zeit geglaubt hat, es werde ein anderer vorgeschlagen. Der Verzicht des Herrn kam überraschend. Sie mögen meinerwegen auch darin recht haben, daß dieses Gremium – das übrigens sehr gut zusammengesetzt war; daran halte ich fest, denn da waren alle berücksichtigt – nicht legitimiert war. Es

hat aber keine Legitimität für sich in Anspruch genommen, sondern hat gesagt: Wir empfehlen dem zuständigen Gremium das und das. Und deshalb wäre es nicht nötig gewesen, nun die ganze Sache einfach vom Tisch hinwegzulegen. Dadurch ist auch Herr Erhard irre geworden; und dadurch sitzen wir nun hier in dieser Situation.

Hätte man in der Fraktion die 16 – mich an der Spitze – meinetwegen vertobakt und gesagt, das durftet ihr nicht tun, gut, dann hört man sich das an und sagt, das waren unsere Gründe usw. Dann hätte man ja in Ruhe die ganze Sache überlegen können. Deswegen habe ich Herrn Erhard gebeten, wieder in das Glottertal zurückzukehren und abzuwarten, weil ich dachte, es würde sich in Ruhe die ganze Sache erledigen. Aber statt dessen geht ein ungeheurer Lärm los von allen Seiten, nicht nur bei denjenigen, die an einen anderen Kandidaten geglaubt hatten, sondern auch von der anderen Seite geht der Lärm los. Kurz und gut, das Ganze ging unter in einem großen Lärm. Das ist nun das Traurige an der ganzen Geschichte.

Ich freue mich über Ihren Optimismus, daß Sie glauben, die Fraktion werde einverstanden sein, wenn wir ein solches Gremium zusammensetzen. Ich würde aber vorschlagen, die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen hinzuzunehmen. Dann sind es präterpropter 50 Leute. Es ist Gott sei Dank auch eine Frau dabei. Die Frauen haben sehr geschimpft, Herr Schröder; daran müssen Sie denken. Aber mit diesem Gremium kommen wir vielleicht durch. Ich hoffe es wenigstens.

Schröder: Die Sache ist deswegen so schwierig, weil es überhaupt kein Gremium gibt, das irgendwie den Anspruch darauf erheben könnte, sozusagen ein gesetzlich vorgesehenes Gremium zu sein. Berechtigt, etwas zu tun, ist eine kommende Bundesversammlung, von der wir bisher aber nicht mehr kennen als 271 Bundestagsabgeordnete. Diese 271 Abgeordneten sind geborene Mitglieder der Bundesversammlung, während die anderen, ob sie nun Vorsitzende oder Mitglieder der Landtagsfraktionen sind, nicht geborene Mitglieder sind, sondern es erst werden können. (*Altmeier:* Durch die Partei!) Nein! Die Sache ist anders! Wenn das Gesetz über die Bundesversammlung verabschiedet ist¹⁸ und wir wissen, nach welchem Verfahren vorgegangen wird, wenn weiter feststeht, wieviel Leute auf die Landtage entfallen, dann werden die Betroffenen gewählt. Mit anderen Worten: Heute kennen wir nur die 271 aus unseren Reihen. Die restlichen 226 werden wir wahrscheinlich frühestens Mitte Juni kennen. Deswegen müssen wir einen Weg suchen ... (*Adenauer:* Erst müssen die Landtagswahlen sein!) Ja! Wir müssen erst die Wahlen abwarten in Rheinland-Pfalz und in Niedersachsen. Wir haben ein gewisses Interesse daran, dieses Gesetz über die Bundesversammlung nicht eher zu verabschieden, bis in Rheinland-Pfalz und in Niedersachsen gewählt worden ist. Das ist auch für die künftige Koalition von Bedeutung. Mit anderen Worten: Den restlichen Teil dieser Bundesversammlung kennen wir kaum vor Juni. Und im Juli soll sich das Ganze ereignen. Deswegen wird ein Gremium, das wir jetzt bilden, immer nur einen empfehlenden Charakter haben. Es kann eine Empfehlung

¹⁸ Gesetz über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung, 25. April 1959 (BGBl I S. 230). Vgl. auch AdG 1959 S. 7660f.

richten an teils bekannte, teils nicht bekannte Leute, daß man es für richtig hält, in der Bundesversammlung so oder so zu votieren. Aber ein Verfahren sich auszudenken, was sozusagen bei allen eine genügend bindende Kraft hat, ist nicht möglich.

Wir hatten neulich einen anderen Vorschlag gemacht. Wir haben damals daran gedacht, auch die Leute aus den Landtagsfraktionen zu berücksichtigen. Die Sache hätte den Vorteil gehabt, daß man die künftige Stärke hätte berücksichtigen können. Wie sind die künftigen Stärken? Die Bundestagsfraktion umfaßt 271 Abgeordnete. In die Bundesversammlung werden wir schicken nach den Zahlen von heute^{18a}:

Baden-Württemberg	33
Bayern	44
Bremen	1
Hamburg	6
Hessen	15
Niedersachsen	19
Nordrhein-Westfalen	76
Rheinland-Pfalz	16
Saarland	5
Schleswig-Holstein	11

Sie sehen, daß das sehr verschiedene Größenordnungen sind. Wenn man hier vorschlägt, die Landesverbandsvorsitzenden sozusagen mit den Vorsitzenden der Landtagsfraktionen zu verdoppeln, so ergibt das ein ziemlich ungleiches Gewicht. Beispielsweise hat Bremen nur ein Mitglied. Trotzdem mag aus Gründen der Gesamtrepräsentanz heraus das etwas sein, was den anderen einleuchten wird. Deswegen würde ich den Mut haben, diesen Vorschlag zunächst einmal anzunehmen, und wäre auf jeden Fall dafür, mindestens die Fraktionsvorsitzenden der Landtage zu berücksichtigen, die auch ihrerseits nicht verzichten werden. Für Bremen kann ich das nicht beurteilen. Herr Blumenfeld sagt mir, er habe sich bevollmächtigen lassen. Ich glaube also, daß man das Gremium von 45 haben muß und daß man dann in einem Kreis, der etwa das Dreifache davon beträgt, diskutiert. Dieses Gremium soll aber immer nur ein empfehlendes Gremium für die Bundesversammlung sein. Es ist wenigstens eine Art von Repräsentanz, wenn auch eine sehr mühselige.

Blumenfeld: Ich möchte zunächst einmal feststellen, daß wir noch nicht den Bundespräsidenten wählen, sondern nur unseren Kandidaten. Das muß an den Anfang gestellt werden. Wir sollten uns aber unsere Aufgabe nicht allzu sehr komplizieren. Wir haben doch ein Statut, Herr Parteivorsitzender. Wenn wir das ganz formal betrachten, ist eigentlich der Bundesausschuß zuständig; denn im § 7 unseres Statuts heißt es: „Der Bundesausschuß ist zuständig für alle politischen und

^{18a} Vgl. das Verzeichnis der CDU-Wahlmänner für die Bundesversammlung 1959 in ACDP VIII-001-043/3.

organisatorischen Fragen der Bundespartei, soweit sie nicht dem Bundesparteitag vorbehalten sind.“ Danach ist der Bundesausschuß legitimiert, die Aufgaben der Partei dem Bundesparteivorstand zu überweisen. Nun soll dieses größere Gremium von 90 bis 95 Mitgliedern, in dem die Landtagsfraktionen vertreten sind, die Entscheidung über den Vorschlag zur Kandidatur haben, während das kleinere Gremium nur eine vorbereitende Arbeit dazu leisten soll. In diesem kleineren Gremium sollen natürlich auch alle Gruppen möglichst berücksichtigt werden. Nun gibt es die Möglichkeit – z.B. in Hamburg und in Bremen –, die Personen des Fraktionsvorsitzenden mit der des Landesvorsitzenden zu einigen, so daß man die Zahl verringern kann. Wir sollten hierbei nicht allzu formal vorgehen, sondern das größere Gremium soweit wie möglich beschließen und dann das kleinere Gremium einsetzen, damit wir weiterkommen.

Adenauer: Meine Herren! Es ist ein bißchen schwierig. Die Sache ist so: Wir würden jetzt Schritt für Schritt vorgehen und der Auffassung sein, daß zu dem Vorschlag des Herrn von Hassel hinzukommen die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen, soweit sie nicht Landesvorsitzende sind. Dann werden das zusammen etwa 50 Leute sein. (*Gerstenmaier:* 43 haben wir ausgerechnet!)

Von Hassel: Es sind der Bundesvorsitzende und seine vier Stellvertreter: fünf, der Bundestagsfraktionsvorsitzende und seine drei Stellvertreter: vier, die Landesvorsitzenden, von jedem Land ein Fraktionsvorsitzender, die CDU-Ministerpräsidenten und der Anteil der CSU in Höhe von 25 %. (*Wacher:* Das entspricht unserem Antrag!) Es sind zusammen nicht ganz 50. Es spielt auch keine Rolle, ob es einer mehr oder weniger ist.

Adenauer: Mir ist alles recht. Sollen wir es denn so machen? (*Zustimmung.*) Sind Sie der Auffassung, daß wir einstweilen bis nach Ostern Ruhe halten und keine Namen nennen? Ich würde sagen, daß wir dann zusammenkommen, bis die Zeit gekommen ist, möglichst spät; denn nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben – das sage ich ganz offen –, platzt die Geschichte sonst noch einmal.

Altmeier: Die Erfahrung, die hier gemacht wurde, besteht darin, daß nach meiner Auffassung in allen diesen Dingen, die geheimer Natur sind, kein Kommuniqué herausgegeben werden darf. Es ist doch so, wenn 16 Leute zusammensitzen, steht am Ende ein Kommuniqué. Warum können nicht 16 Leute einmal zusammenkommen, ohne daß nachher ein Kommuniqué in der Zeitung steht! So haben wir früher auch Politik gemacht, und die hat sich doch bewährt!

Adenauer: Es ist so gewesen – ich lese den „Spiegel“ nicht –, daß im „Spiegel“ ein ausführlicher Bericht gestanden hat¹⁹, wie mir gesagt worden ist, über die Zusammenkunft der 16. Was wollen Sie dagegen machen, Herr Altmeier? Die heutige Menschheit ist leider so. In Frankreich gibt es so etwas nicht; da parieren sie. (*Heiterkeit.*) Herr Altmeier! Über die heutige Versammlung geben wir wohl ein Kommuniqué heraus?

¹⁹ „Der Spiegel“ vom 4. März 1959 S. 19–21.

Von Hassel: Ich bin am Montag aus dem Urlaub zurückgekommen und habe gestern eine Pressekonferenz über dieses Thema gehabt. Ich habe gestern abend zwei Veranstaltungen draußen im Lande gehabt, eine CDU-Veranstaltung und abends ein Gespräch vor 250 Volkshochschulleitern am runden Tisch. Auch dort ist das Thema der Bundespräsidentenwahl behandelt worden. Ich habe den Leuten gesagt, Frau Brauksiepe, was der Bundespräsident zu tun hat, und habe das auch im einzelnen begründet. Ich habe gesagt: Bei schönem Wetter ist er der Repräsentant, aber bei allen schwierigen Situationen kommt auf ihn eine unerhörte Entscheidung zu. Sie müssen den Leuten klarmachen: Er schlägt den Bundeskanzler vor, nicht der Bundestag. Auch in Fragen des Notstandes hat er die Entscheidung. Und dann sagen die Leute: Donnerwetter, ja, bisher haben wir geglaubt, das sei nur der Repräsentant, der keinerlei andere Funktion habe, als Deutschland nach außen hin zu vertreten. Ich glaube also, Frau Brauksiepe, wenn Sie über diese Frage vom Grundsatz her draußen etwas sagen, dann werden Sie sehr schnell Verständnis dafür bekommen.

Und nun zum Ablauf! Wir müssen uns klar darüber werden. Heute haben wir dieses Gremium beschlossen. Das geben wir der Presse bekannt. Dieses Gremium bereitet die Sache vor. Schluß! Aus! Nun kommt die Frage, wann soll es zusammentreten? Bis zu welchem Termin soll es einen Vorschlag ausarbeiten? Bis zur Verabschiedung des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten! Sollen wir eine Zeit festsetzen? Dabei spielt eine Rolle, Herr Bundeskanzler, wann Sie in Urlaub gehen.

Adenauer: Wenn Sie mich danach fragen, muß ich sagen, ich kann erst in Urlaub gehen in der zweiten Woche nach Ostern. Ich muß vorher zum Wahlkampf nach Niedersachsen und nach Rheinland-Pfalz. Und dann habe ich das Bedürfnis, mich in dieser schwierigen Zeit einmal etwas zurückzuziehen. Mein Urlaub, das möchte ich hier sagen, ist in Wirklichkeit alles andere als Urlaub, namentlich in solch schwierigen Zeiten. Wir sollten also nicht anfangen zu reden und wieder zu reden, sondern in Ruhe mal etwas Wasser den Rhein hinunterlaufen lassen.

Brauksiepe: Das würde bedeuten, daß am Ende der Beratungen der Schwerpunkt sich dahin verlagert, daß wir in den kommenden Wochen nicht einmal einen Namen nennen können. Wir können demnach den von der SPD genannten Kandidaten nicht schwächen. Ich muß Ihnen aber sagen, daß die Kampagne, die wir bei den Frauen geführt haben, eine wenig glückliche Angelegenheit war und ist. Es ist schwierig, einen kommenden Präsidenten zu wählen, wenn er vorher nicht bekanntgemacht wird. Wenn man das nur kurzfristig macht, dann ist es sehr schwierig.

Adenauer: Ich glaube, Sie sehen die Sache nicht richtig, Frau Brauksiepe. Es handelt sich doch nicht um eine Volkswahl, sondern um die rund 500 CDU-Leute, die wählen. Wir müssen also dafür sorgen, daß die Fraktionen geschlossen sind und daß die Elektoren der Landtage politische Leute sind. Dafür müssen wir doch sorgen! (*Brauksiepe:* Nachdem man Herrn Erhard genannt hat, ist es eine Frage des Volkes geworden!) Das bestreite ich Ihnen, Frau Brauksiepe! Wieviel Leute haben z.B. aus dem Landtag von Nordrhein-Westfalen zu wählen? (*Johnen:* 76!) Also muß sich

der Landtag überlegen, wen er wählt. Er muß sehen, was er für zuverlässige Leute hat, die den Mann wählen, der nominiert wird. In der gleichen Weise müssen alle anderen Landtage verfahren. Er soll nicht diskutieren, sondern die verschiedenen Leute aussuchen, die – verzeihen Sie den Ausdruck – soviel Parteigefühl und politisches Gefühl haben, daß sie keine Extratour machen. (*Brauksiepe*: Wie Herr von Hassel gesagt hat, ist er viermal ...) Verzeihen Sie, ich würde überhaupt nicht mehr soviel reden darüber, aber halten Sie einen Vortrag über Carlo Schmid, aber einen guten Vortrag über seine politische Arbeit in den letzten zehn Jahren. Das können Sie ruhig tun. Die Hauptsache liegt, lassen Sie mich das wiederholen, bei den Landtagsfraktionen, und es kommt darauf an, daß sie Leute wählen, die wirklich politisch geschult sind und politisch denken, die also den Betreffenden, auch wenn ihnen seine Nase nicht gefällt, trotzdem wählen. In den Landtagen lassen sich doch Leute aussuchen. Ich habe schon eingangs gesagt – vielleicht haben Sie es überhört –, bei der ersten Wahl und noch mehr bei der zweiten Wahl von Herrn Heuss war die Sache bombensicher – wo Herr Schmitz, Herr Müller oder Herr Schulze vielleicht nur gewählt haben, um sich eine Reise nach Berlin zu verschaffen –, weil man wußte, es kommt auf die einzelne Stimme gar nicht an. Aber jetzt ist die Sache ganz anders. Sie müssen also in den Landtagsfraktionen und Landesparteien sichere Leute aussuchen. Sind wir uns darüber klar?

Strauß: Ich habe nur ein Bedenken, Herr Bundeskanzler, ob man den Zusammentritt des kleinen Gremiums erst so spät ansetzen soll, wie es sich aus diesem Vorschlag ergibt; d.h., daß er vor Ostern nicht mehr zusammentreten soll. Und anschließend gehen Sie in Urlaub. Sie sollten aber mit dabeisein. Wir kommen dann in die Mitte Mai hinein. Ob wir dann noch in plausibler Weise vor der Öffentlichkeit einen Kandidaten vertreten können, scheint mir doch einer Überlegung wert zu sein. Ich würde eher einer Prozedur zustimmen, wonach der Zusammentritt des kleinen Gremiums in der zweiten Hälfte der ersten Woche oder aber in der ersten Hälfte der zweiten Woche nach Ostern erfolgt.

Adenauer: Das kleine Gremium sind 50 Mann. Da wird zunächst über die allgemeinen Grundsätze diskutiert, wie ich sie eben entwickelt habe, z.B. kann die Frage aufgeworfen werden: Wie ist es mit der Konfession? Es ist eine entscheidende Frage – glauben Sie es mir – für die Bundestagswahl 1961. Aber man kann schließlich nicht 50 Leute zusammenrufen, nur allein um über diese Frage zu sprechen, sonst steht es am nächsten Tage in der Zeitung, und wir haben die größten Schwierigkeiten.

Strauß: Herr Bundeskanzler! Ich bin wegen der politischen Bedeutung und der Konsequenzen völlig Ihrer Meinung und will nicht widersprechen. Ich bin nur der Auffassung, daß wir, wenn ein solches Gremium erst im Mai zusammentritt, wo doch die Wahl Anfang Juli erfolgen soll, zeitlich in große Schwierigkeiten kommen. Einmal muß man doch über einen oder zwei Kandidaten in diesem Kreis sprechen können. Man kann nicht monatelang nur die Prozedurfrage behandeln, sondern soll sagen, was man will. Es fällt uns sicher außer den jetzt bekannten Leuten von jetzt an bis Mai wohl kein neuer ein.

Adenauer: Sehen Sie mal, Herr Strauß, wie die Sache jetzt ist, holen Sie sich höchstwahrscheinlich bei jedem, den Sie ansprechen, einen Korb. Dafür ist die ganze Geschichte zu frisch. Und wenn der Herr Erhard mit einem solchen Aplomb abgelehnt hat, und man soll nun drei Wochen danach an einen anderen Mann herantreten, an einen guten Mann, um ihn dazu zu kriegen, ja zu sagen, dann scheint mir das doch sehr schwierig zu sein. Wir dürfen uns keinen weiteren Korb holen!

Gurk: Ich möchte doch aus grundsätzlichen Erwägungen heraus die Ausführungen des Herrn Minister Strauß unterstützen. Carlo Schmid steht im Rennen und in der öffentlichen Diskussion. Er steht gut in der öffentlichen Diskussion, auch in der Presse. Sie werden erleben, daß der Herr Chruschtschow ihn unterstützen wird in Moskau. Wenn wir also in den nächsten Wochen nicht eine Persönlichkeit als Gegengewicht herausstellen, an die sich die Leute klammern können, ist es nicht gut, meine Damen und Herren. Es macht keinen guten Eindruck. Ich darf darauf hinweisen, daß alles das, was verlautbart wird über Bonn, draußen im Volk nicht gut gewirkt hat und wirkt. Es wäre also gut, wenn die Partei in Bälde einen namhaften Kandidaten herausstellen wollte für die Propaganda, an der auch die Presse teilnimmt. Ich nehme an, Herr Bundeskanzler, daß in der Bundestagsfraktion keine Querköpfe sind. Ich würde also sagen: Jetzt heraus mit einem Mann in die öffentliche Diskussion, um den sich die Stimmung ranken kann.

Adenauer: Dann nennen Sie mir bitte einen Mann von Bedeutung, an den Sie jetzt oder in 14 Tagen herantreten können, nachdem gesagt worden ist: Der Herr Erhard ist zu schade dafür! (*Unruhe und Bewegung.*) Meine Herren! Das ist doch gesagt worden: Der ist zu schade dafür, er muß Wirtschaftsminister bleiben. Glauben Sie mir, wenn eine Fraktion sagt, ein Mann ist zu schade, um Bundespräsident zu werden, dann finden Sie keinen anderen mehr.

Gurk: Ich würde diese Argumente, Herr Bundeskanzler, wie sie vorgebracht worden sind, nicht zu ernst nehmen. Ich glaube, sie sind auch nie ernst genommen worden, weil man hinter diesen Argumenten andere, unausgesprochene Gründe vermutet. Das nimmt man nicht so ernst. Auch die Kandidaten stehen m.E. zur Verfügung! (*Kiesinger:* Vorsicht! Vorsicht!) Sie stehen zur Verfügung! Wir sollen also nicht im leeren Raum stehenbleiben, Herr Bundeskanzler, während die SPD dauernd an Boden gewinnt. Darum bitte ich, die Dinge möglichst bald nach Ostern anzugreifen! (*Brauksiepe:* Sehr richtig! Möglichst bald! – *Gerstenmaier:* Ich bin in dieser Situation in der angenehmen Lage, mit Ihnen übereinzustimmen. Das wollen wir festhalten und uns beglückwünschen!) Deswegen beglückwünsche ich Sie! (*Gerstenmaier:* Für Sie ist es nicht angenehm!) Ich freue mich darüber. Sie beglückwünschen mich! Aber es kann auch anders aussehen im Bundestag! (*Gerstenmaier:* Jetzt wird er wieder grob!) Das ist nicht grob, Herr Gerstenmaier! (*Gerstenmaier:* Wir haben Zeit bis Anfang April. – *Mehrere Zurufe:* Nein, sonst neigt die Auffassung zu Carlo Schmid hin! – Denken Sie an die Reaktion der Damen. – Es soll auch Männer geben! – *Unruhe.*)

[*Adenauer:*] Meine Herren! Wir dürfen auf keinen Fall mehr noch einen Reinfall erleiden. Das ist doch klar.

Das große Gremium – darauf können Sie jetzt schon Gift nehmen – bleibt nicht dicht. Und was auf den Tisch gelegt wird, müßte eigentlich auch akzeptiert werden. Und da wir hoch spielen müssen, Herr Gurk, brauchen wir noch eine Überlegungsfrist. Die kann ausgedehnt werden bis nach Ostern. Wenn wir nach dem 5. April zusammentreten, dann reicht das völlig aus. Wir brauchen nicht – es ist neulich das Wort vom Aufbau gefallen – aufzubauen, sondern wir müssen einen Kandidaten präsentieren, der nicht erst lange aufgebaut werden muß, als ob es um eine Volkswahl ginge. Schließlich muß man doch auch mit den Landtagsfraktionen darüber sprechen können. Wir haben drei Monate Zeit, mindestens aber zwei Monate. Wir können es uns nicht leisten, wieder einen Korb zu holen. Wenn zusammengetreten wird, muß der Mann oder müssen zwei oder drei Leute genannt werden. (*Stoltenberg*: Besser drei! – *Unruhe*. – *Zuruf*: Ich würde für einen sein!) Für wen? (*Anhaltende Unruhe*. – *Gerstenmaier*: Wir können es bis zum 5. April verschieben.)

Am 19. April sind die Wahlen in Niedersachsen und in Rheinland-Pfalz. Die beiden ersten Wochen im April sind angefüllt mit Wahlversammlungen. Es ist übrigens an mich, Herr Krone, von Niedersachsen aus – das waren die Herren Cillien, Scherf und Fricke – eine sehr ernste Mahnung ergangen, daß sich die Mitglieder der Bundestagsfraktion äußerst zurückhaltend verhielten! (*Krone*: Es ist so, daß die einzelnen Leute sich sagen: Einmal komme ich, aber nicht zwei- oder dreimal. Daran ist nicht die Fraktion schuld!) Ich habe nicht von der Fraktion, sondern von Mitgliedern der Fraktion gesprochen. (*Krone*: Ich habe es etwas verdeutlicht!) Ich kann nur wiedergeben, was die Herren gesagt haben. (*Altmeier*: Auch unser Geschäftsführer hat erklärt, es kämen keine Zusagen von Bundestagsabgeordneten!) Es kommt noch vor Ostern die Karwoche hinzu. Ich würde deshalb vorschlagen, daß wir am Montag, dem 6. April, uns treffen. Am 7. möchte ich abends abfahren. (*Altmeier*: Ich würde die Woche nach Ostern vorschlagen. – *Zuruf*: Sitzungswoche! – *Unruhe*.) Am 5. April ist Weißer Sonntag. Dann müssen wir den 7. April nehmen. (*Gerstenmaier*: Am 6.! Am 7. wollen Sie doch fahren!) Dann fahre ich am 8. April. Sagen wir also am 7. April um 10 Uhr, aber nicht das ganze Gremium, sondern die rund 45 Mann, wozu die Landtagsfraktionsvorsitzenden hinzukommen müssen. In der Zwischenzeit beten wir alle zum Heiligen Geist um Weisheit, damit wir einen guten Mann finden. (*Gerstenmaier*: Ich verstehe Ihre Einschränkung nicht!) Sie beten nicht zum Heiligen Geist; was hätte der sonst zu tun! (*Heiterkeit*.) Meine Damen und Herren! Wir müssen jetzt überlegen, was wir bekanntgeben. Ich gehe nicht von der Stelle, bevor wir nicht darüber klar sind, was wir der Presse mitteilen.

Hellwig: Ich mache nochmals darauf aufmerksam, die Panne beim letzten Mal ist nach der Meinung vieler Parteifreunde darauf zurückzuführen, daß die Fraktion nicht sofort unterrichtet wurde und somit keine Gelegenheit einer sofortigen Beschäftigung durch die Fraktion gegeben war. Die Fraktion ist eine Woche frei herumgelaufen, und alle diese Dinge sind dann geschürt worden. (*Krone*: Das stimmt ja nicht! – *Unruhe*.) Aber, Herr Bundeskanzler, was geschieht, wenn die Fraktion weitere zwei Monate in dieser Angelegenheit warten müßte, bis ein bestimmtes Gremium

zusammengetreten ist und gesprochen hat? Daher kommt es entscheidend darauf an, daß beim Zusammentritt der Fraktion in geeigneter Weise die Dinge so geklärt werden, wie sie hier verabredet worden sind.

Die zweite Frage taucht auf: Wer bereitet die Zusammenkunft dieses Gremiums in fünf Wochen vor? Dieses Gremium ist in keiner Geschäftsordnung vorgesehen. (*Kiesinger*: Das ist eine Angelegenheit der Partei!)

Adenauer: Herr Krone! Sie können der Fraktion eine solche Mitteilung machen! (*Krone*: Ja!)

Schröder: Ich schlage folgendes für die Presse vor: „Der Bundesvorstand der CDU und Vertreter der CSU kamen heute zusammen, um die Verfahrensfrage der Bundespräsidentenwahl zu besprechen. Sie kamen überein, ein Gremium zusammenzurufen, das sich wie folgt zusammensetzt ... Dieses Gremium wird voraussichtlich Anfang April zusammentreten.“

Adenauer: Würden Sie mit einer solchen Mitteilung an die Presse einverstanden sein? (*Zustimmung*.) Herr Krone! Glauben Sie, daß Sie in der Fraktion eine solche Mitteilung vertreten können? (*Krone*: Nein!) Ja, dann müssen wir auch das auf uns nehmen.

BERLINSTATUS

Nun haben wir noch zwei Punkte der Tagesordnung zu erledigen, die eigentlich nur pro forma darauf gesetzt worden sind. Dazu möchte ich folgendes sagen. Ich habe gleich Herrn Brandt hier, der mir über seine Reise berichten wird.²⁰ Er hat sich auf der Reise im allgemeinen ausgezeichnet benommen. Wenn ich sage, im allgemeinen, so meine ich damit, daß er an drei oder vier Plätzen gesagt hat, daß man sich von seiten des Bundes mehr um eine Integration Berlins in den Bund hätte bemühen müssen. Dem Vernehmen nach – ich werde das heute abend abwarten müssen – wird er darauf drängen, daß nunmehr im Verlaufe der Verhandlungen West-Berlin zu einem Teil des Bundesgebietes erklärt wird. Wir haben uns heute im Kabinett mit dieser Frage beschäftigt. Abgesehen von den Rechtsfragen, die ich gar nicht berühren will, wäre das nach meiner Meinung das Dümme und Schlechteste, was man für Berlin tun könnte. Denn dann würde man die drei Westmächte aus ihrer Haftung für Berlin entlassen. Ich könnte mir eine Macht denken, die das mit Freuden quittieren würde. Einen Vertreter dieser Macht werde ich morgen hier sehen.²¹ Ich könnte mir das sehr gut vorstellen. Nach der einstimmigen Auffassung des Kabinetts ist der einzige Schutz der Freiheit Berlins der Viermächtestatus. Alles andre liegt daneben. Darüber wird wahrscheinlich

20 Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, hatte vom 5. Februar bis zum 6. März 1959 eine Weltreise unternommen. Vgl. Rudolf KETTELEIN: Willy Brandt ruft die Welt. Ein dokumentarischer Bericht. Berlin 1959.

21 Harold Maurice Macmillan weilte am 12. und 13. März 1959 in Bonn (TERMINKALENDER). Vgl. Nr. 1 Anm. 15.

Herr Brandt mit mir sprechen wollen. Ich habe heute morgen schon mit Herrn Krone darüber gesprochen. Wir haben im Kabinett darüber gesprochen. Die Sache ist so klar, daß man gar nichts dagegen sagen kann.

Gradl: Herr Bundeskanzler! Ich bin Ihrer Ansicht, daß wir nichts tun sollen, was den Viermächtestatus beeinträchtigen könnte. Das waren die Überlegungen, die uns in den vergangenen Jahren veranlaßt haben, auch z.B. das Stimmrecht der Berliner Bundestagsabgeordneten abzulehnen, obwohl das nicht gerade für unsere Partei eine populäre Stellungnahme gewesen ist. Daran hat sich nichts geändert. Ich würde an Ihrer Stelle dem Herrn Brandt sagen, wenn wir in den vergangenen Jahren nicht diese Haltung eingenommen hätten, dann wäre die Position Chruschtschows heute wesentlich besser; denn so mußte er in seiner Note vom 27. November²² immerhin zugeben, daß die Behandlung Berlins die einzige Beachtung der Abmachung von 1945 durch die Westmächte gewesen ist. Andernfalls hätte er sagen können: Sie haben das selber nicht beachtet. Der Ausgangspunkt für diese Auseinandersetzung wäre also wesentlich schlechter, wenn wir den Standpunkt, den wir eingenommen haben, nicht eingenommen hätten. Anders stellt sich die Frage, wenn Entwicklungen eintreten, die wir nicht erhoffen. Aber das muß man sehen, wenn es soweit ist. Zunächst würde ich diesen Standpunkt weiter einnehmen, den Sie eben formuliert haben.

Darf ich nun, da wir schon über Berlin sprechen, eine Sorge anmelden, und zwar in diesem Kreis mit allem Ernst. Die wirtschaftliche Lage – das darf nicht nach draußen dringen – ist nicht erfreulich. Mein Freund Amrehn sitzt hier, er kann vielleicht noch mehr dazu sagen. Wir brauchen beachtliche Unterstützung, und zwar mehr, als wir im Januar bei der Aussprache mit der Industrie geglaubt haben.

Adenauer: Herr Bürgermeister Amrehn hat darüber mit Herrn Etzel verhandelt. Das ist heute morgen im Kabinett verabschiedet worden.

Gradl: Genau das greife ich aus der Schublade heraus. Ich bedaure sehr, daß die Umsatzsteuerpräferenz auf drei Jahre beschränkt worden ist für die Dispositionen der Industrie.²³ Damit nun nicht aufgrund einer Bewegung, die nach unten begonnen hat, eine Kettenreaktion eintritt, ist es notwendig, daß die Zusage länger gilt, also auf keinen Fall nur für drei Jahre. Ich habe Verständnis dafür, Herr Bundeskanzler, daß Sie der Meinung sind, man solle das nicht unbegrenzt tun, aber drei Jahre sind zu wenig.

Adenauer: Herr Gradl! Bei allen Steuerpräferenzen ist ein Datum festgelegt. Aus Versehen ist es bei der Umsatzsteuer unterlassen worden. Aber wenn Sie auf der anderen Seite nun hören, was bei Neuinvestitionen in Berlin gewährt wird, nämlich 75 % Abschreibung, auch bei Grundstücken, dann ist das doch eine eminente Sache!

22 Note der Sowjetregierung an die Bundesregierung vom 27. November 1958 in: MOSKAU BONN S. 464-470. Zum Berlin-Ultimatum vgl. auch Nr. 7 Anm. 10.

23 Das Berlinhilfegesetz vom 27. April 1957 (BGBl I S. 400) mit seinen umsatzsteuerlichen Präferenzen war vom 1. Januar 1957 bis 31. Dezember 1959 befristet. Das fünfte Berlinhilfegesetz verlängerte diese Frist bis zum 31. Dezember 1964 (BGBl I S. 160). Vgl. auch BULLETIN vom 21. März 1959 S. 521.

Amrehn: Herr Bundeskanzler! Ich weiß nicht, ob diese Frage in diesem Kreis erörtert werden soll, aber ich möchte es richtigstellen. Es ist die Umsatzsteuerpräferenz bisher immer nur auf zwei Jahre gewährt worden. Es ist ein Datum gesetzt bis zum 31.12.1959. Seit Jahren haben wir von unserer Wirtschaft die Klagen, daß sie ihr Produktionsprogramm und ihre Kalkulation jeweils nur auf diese Zeit im voraus berechnen könne, obwohl sie gerade, wenn sie Neuinvestitionen auf längere Zeit von fünf oder acht Jahren macht, auch in der Produktionsgestaltung in der Lage sein müßte, kalkulatorisch wenigstens für fünf Jahre zu planen. D.h., man könnte daher hier das gleiche machen wie bei der Einkommensteuer. Die Einkommensteuer ist für Berlin ermäßigt ohne jedes Datum, ohne Begrenzung. Insofern ist die Begrenzung der Umsatzsteuervergünstigung eine Abweichung von der allgemeinen Steuerregelung für Berlin (*Adenauer:* Ich meine umgekehrt!) Ich bin nicht ganz sicher. Deswegen ist es eine entscheidende Bitte unserer Wirtschaft, die Begrenzung bei der Umsatzsteuer aufzuheben. Es könnte unter Umständen sogar eine kürzere Zeit sein, wenn der Fall eintreten sollte, gewissermaßen über Nacht, daß wir völlig dem Bundesgebiet angepaßt werden.

Bei allen Fortschritten, die wir in den letzten Jahren gemacht haben, sind wir in sämtlichen Bereichen unserer Industrie immer nur auf die Hälfte des Standes des Bundes gekommen. Selbst in der führenden Elektroindustrie haben wir nur 250 % von 1936 erreicht. Im Bund ist die Vergleichszahl 750 %. Ich könnte Ähnliches für die chemische Industrie, für die Maschinenindustrie und auch für die Bekleidungsindustrie sagen. In den letzten vier Wochen ist jene Entwicklung eingetreten, von der Dr. Gradl gesprochen hat. Nach dem 27. November sind wir drei Monate lang noch leidlich gut gefahren, aber jetzt spüren wir deutlicher, daß Aufträge für die Zeit nach dem 27. Mai nur sehr beschränkt vorliegen, und zwar ganz eindeutig für die großen Industrien. Bei den größeren wirkt sich das besonders aus, weil z.B. für Turbinen 18 Monate Lieferzeit erforderlich sind. Deshalb sind wir gezwungen, um erhebliche Vergünstigungen – sogar für die prosperierenden Betriebe – zu bitten, damit sie weitere Anlagen in Berlin vornehmen und unsere mittleren und kleineren Betriebe, die keine unmittelbaren Aufträge aus dem Bundesgebiet bekommen, mitziehen können. Da es hier angesprochen worden ist, möchte ich heute abend die Bitte aussprechen, diesen Punkt, auf den man sich seit langem in der Berliner Industrie eingestellt hat, noch einmal zu überprüfen. Die Vorlage soll über die Fraktion in den Bundestag gebracht werden. (*Zurufe:* Nein!)

Adenauer: Über den Bundesrat! Aber gleichzeitig können die Fraktionen etwas tun. Wir müssen dem Bundesrat Gelegenheit geben, bei solchen Sachen Stellung zu nehmen. Das wollen wir auch.

Amrehn: Herr Bundeskanzler! Wir haben unseren Vorschlag am 13. Dezember, zwei Wochen nach dem Chruschtschow-Angebot²⁴, vorgelegt. Seitdem haben wir verhandelt bis gestern abend. Es sind drei Monate darüber vergangen. Die Dinge

24 Berlin-Ultimatum Chruschtschows. Vgl. Anm. 22.

kommen nur in Gang, wenn wir die gesetzlichen Grundlagen haben. Aufgrund einer Besprechung vom 16. Februar hier in Bonn mit allen beteiligten Staatssekretären habe ich geglaubt, unseren Wirtschaftlern sagen zu dürfen: Ihr könnt mit einer unbegrenzten Umsatzsteuervergünstigung rechnen; denn alle Ressorts hatten damals zugestimmt.

Adenauer: Sie haben mich nicht zu Ende sprechen lassen. Die Sache ist so: Im Kabinett haben wir folgendes beschlossen. Dieser Gesetzentwurf wird dem Bundesrat zugeleitet – weil wir es für wichtig halten, daß der Bundesrat dazu Stellung nimmt –, aber gleichzeitig der Fraktion. Dadurch wird es ermöglicht, daß die Fraktion auch ihrerseits einen Initiativgesetzentwurf einreicht. Dann ist der Bundesrat nicht ausgeschlossen, und es geht kein Tag verloren dabei. (*Amrehn:* Er muß auf jeden Fall in den Bundesrat, sobald das Gesetz im Bundestag beschlossen ist. – *Zuruf:* Man spart einen Gang im Bundesrat, wenn man einen Initiativgesetzentwurf macht! – *Unruhe.*) Wir haben Interesse daran, daß kein Tag verlorenggeht, aber wir haben die Rechte des Bundesrates zu wahren. Wir legen in diesem Falle Wert darauf, sie zu wahren. Ganz allgemein möchte ich sagen, wenn es tatsächlich Berlin schlechtgehen sollte – ich meine jetzt nicht die Unsicherheit und alles das –, wenn also die Verhandlungen wirklich eine Verschärfung der Lage bringen, dann wird es der Wirtschaft im übrigen Bundesgebiet hunds miserabel gehen. Darauf können Sie sich verlassen.

Wir haben Ihnen außerordentlich viel gewährt. Wenn Sie bei Neuinvestitionen einschließlich der Grundstücke 75 % abschreiben können, dann stellen Sie sich bitte vor, was das bedeutet. Wir haben diese Garantie von 100 auf 500 Millionen heraufgesetzt. Wir sind auch bereit, da weiterzugehen, wenn es nötig ist. Aber Sie müssen wirklich dabei doch im Auge behalten, was ich Ihnen jetzt sage. Ich bin über die Berlin-Verhandlungen, über die Ansichten der verschiedenen Regierungen ziemlich genau im Bilde. Ich gehe sogar so weit, hier zu sagen, ich hoffe, wir kommen aus der ganzen Sache schließlich mit einem blauen Auge davon. Aber das sage ich Ihnen, wenn wir nicht mit einem blauen Auge davonkommen, dann wird dieses Land Gegenstand des Krieges sein und nicht Berlin. So ist die Situation. Das wollen Sie doch bitte berücksichtigen. Herr Etzel wird in der nächsten Kabinettsitzung einen Vortrag halten, dem wir mit großer Sorge entgegensehen, weil sich im Bundestag – wie Herr Etzel sagte – Bestrebungen geltend machen, flott Geld auszugeben. (*Zuruf:* Eine Kommission wollen sie haben! – *Unruhe.*)

Meine Herren! Ich soll zur Lage sprechen. Sie wissen, daß ich in Paris gewesen bin.²⁵ Das ist einwandfrei verlaufen. Morgen kommt Herr Macmillan. Ob das einwandfrei verlaufen wird, ist mir sehr zweifelhaft. Herr Macmillan scheint sich jetzt auf seinen Disengagementplan²⁶ zurückzuziehen; es braucht nicht eine völlig

²⁵ Am 4. März 1959. AdG 1959 S. 7589.

²⁶ Disengagement: Schlagwort für alle Pläne Ende der 50er Jahre, die auf ein Auseinanderücken der westlichen und östlichen Streitkräfte in Mitteleuropa abzielten (vgl. BULLETIN vom 23. August 1958 und 13. März 1959). – Zu Macmillans Vorstellungen vgl. SCHWARZ: Bundesrepublik 3 S. 45–84 sowie ADENAUER 2 S. 496f.

entwaffnete Zone zu sein. Aber das Ganze ist vom militärischen Standpunkt aus betrachtet heller Wahnsinn. Das bedeutet doch, und das ist das Schlimme daran, daß die Einheitsfront des Westens gegenüber Sowjetrußland dadurch – ich will vorsichtig sein – außerordentlich stark lädiert wird. Wir haben also dieselbe Meinung, aber England nicht. Was daraus wird, das weiß der liebe Himmel, das kann kein Mensch sagen. Man kann nur hoffen, daß Chruschtschow – weil er an seinem Siebenjahresplan hängt, den er neulich als das Ziel seines Lebens verkündet hat – keinen Krieg anfängt. Aber sonst sind alle Möglichkeiten gegeben, daß es sehr bitter werden wird.

Es geht darum, daß wir unsere Verpflichtungen erfüllen können. Ich weiß nicht, bis wann – Herr Schröder, haben Sie die Zahl im Kopf – die Umsatzsteuer ... (*Etzel*: Bis zum 31.12.1962!) Da kann doch [k]einer disponieren! (*Schröder*: Gibt es ein ernsthaftes Argument gegen die Berechnung von 1962? – *Etzel*: Die Firmen, die heute umsetzen wollen, werden das alle tun, damit sie eine längere Zeit mit der Umsatzsteuerfreiheit rechnen können. Das ist das Argument. – *Gerstenmaier*: Haben Sie einen Bericht über die Begegnung von Macmillan mit de Gaulle, und was ist dabei herausgekommen?) Es ist verabredet worden, kein Kommuniqué herauszugeben. Ich habe nicht die Auffassung, daß zwischen de Gaulle und Macmillan eine 100%ige Übereinstimmung erzielt wird. Ich glaube, daß Frankreich denselben Standpunkt gegenüber Macmillan vertritt, den es uns gegenüber vertreten hat, und der stimmt mit dem Standpunkt Großbritanniens nicht überein. Ich meine, Herr Amrehn, wenn wir sagen, bis 1962, dann genügt das zunächst. Die Sache ist in einem Jahr so oder so ausgestanden. Dann sind wir entweder für eine gewisse Zeit aus der größten Gefahr heraus, oder ...

Amrehn: Herr Bundeskanzler! Ich bitte um Entschuldigung! Die Frage der Umsatzsteuerpräferenz ist nicht ganz kongruent mit dem Gesamtkomplex. Deshalb scheue ich mich, die Jahresfrage zu erörtern. Ich möchte nur dies sagen: Bei den Erwägungen, ob die Aufforderung an Herrn Brandt, zu Herrn Chruschtschow zu gehen²⁷, angenommen werden sollte, hat für uns im Vordergrund gestanden, daß wir von Berlin aus auch moralisch jene Solidarität an den Tag legen wollen, die notwendig ist unter den Westmächten, deren Einigkeit selbst etwas gefährdet erscheint durch die englische Seite. In den Besprechungen, die wir in Berlin geführt haben, ist auch der englische Vertreter in der Beurteilung der Frage, ob Herr Brandt den Besuch machen solle, etwas anderer Meinung gewesen. Wenn er auch nicht empfohlen hat, etwa zu gehen, so ist er doch etwas nuancierter in der Beurteilung gewesen als der amerikanische Vertreter. Aber für uns ist ausschlaggebend gewesen, daß ein solcher Besuch mißverstanden werden könnte, insbesondere in der amerikanischen

²⁷ Am 9. März 1959 wurde Willy Brandt von Chruschtschow zu einer Unterredung ins Gebäude der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin eingeladen. Nach dreistündiger Beratung des West-Berliner Senats und nach Absprache mit dem politischen Berater des amerikanischen Militärbefehlshabers von Berlin lehnte Brandt ab. AdG 1959 S. 7602f.

Öffentlichkeit; denn dort hätte es unter Umständen sogar ein Mißtrauen erzeugen können. Das war der entscheidende Gesichtspunkt für uns. Ich lege Wert darauf, daß wir das auch hier sagen, weil uns zuweilen manche Kritik erreicht, daß Herr Brandt nicht zu Herrn Chruschtschow gegangen ist, um ihm unseren Standpunkt vorzutragen.

Ich bin der Meinung, daß wir über den 27. Mai hinwegkommen werden.²⁸ Wir glauben auch, annehmen zu dürfen, daß es nur ein Tag im Ablauf des Kalenders ist; aber die Verhandlungen, die wahrscheinlich einsetzen werden, Herr Bundeskanzler, werden uns, so fürchte ich, in einem halben Jahr keine endgültige Klarheit gegeben haben, sondern wir sind der Meinung, daß wir dann in einen längeren Verhandlungs- und Schwebezustand mit weiterer Unsicherheit über Berlin kommen werden. Das kann ein Irrtum sein. Wenn es anders ist, um so besser! Aber wir müssen uns darauf einstellen, daß es länger dauern kann. Unter diesem Gesichtspunkt haben wir unsere Vorschläge schon im Dezember gemacht. Nur unter solchen Gesichtspunkten haben wir wirtschaftspolitische Maßnahmen vorgeschlagen, von denen wir annehmen, daß sie nicht irgendwelche Vorteile für bestimmte Betriebe bringen, sondern womit nur der gegenwärtige Stand gehalten werden soll. Es geht nicht um eine Ausweitung unserer wirtschaftlichen Stellung, sondern nur um das, was wir haben. Ich kann sagen, der Beschäftigtenstand ist nicht mehr so hoch wie im vergangenen Jahr, was bedeutet, daß die Entwicklung in Berlin erheblich gedrosselt wurde. Wir hatten sonst 20.000 bis 30.000 mehr Beschäftigte. Auch diese Entwicklung hat aufgehört. Deswegen ist das Datum nicht so entscheidend, wohl aber die zugrundeliegende wirtschaftspolitische Idee, die wir damit verfolgt haben.

Nun eine Bemerkung zu den vorliegenden Ausführungen, zur Frage der Stellung Berlins! Ich stimme Dr. Gradl völlig zu, daß der Standpunkt, der bisher vertreten worden ist, auch gerade in dieser kritischsten Phase weiter vertreten werden muß, um überhaupt die Westmächte anzubinden, aber ich fürchte, daß am Ende der Verhandlungen, die jetzt kommen werden, Berlin wahrscheinlich doch nicht den Anlaß bieten wird zu einer größeren Verständigung in Mitteleuropa, sondern doch weiterhin Gegenstand einer isolierten Erörterung bleibt.

Wenn das der Fall ist, wenn also die kritische Situation nicht zu Besprechungen in einem großen Rahmen führt, dann bleibt das Thema „Berlin“ weiter offen, weil dann der Ostteil Berlins unzweifelbar – wie es heute praktisch der Fall ist – völlig der Sowjetzone eingegliedert wird. Dann kann für uns auch manche neue Überlegung entstehen, Herr Bundeskanzler. Ich möchte das für mich auch heute ausgesprochen haben, zumal ich in diesen Dingen nicht immer voll übereingestimmt habe ...

28 Am 19. März 1959 erklärte Chruschtschow auf einer Pressekonferenz zur Außenministerkonferenz am 11. Mai 1959, daß der Termin 27. Mai nicht als Ultimatum, sondern als ein annähernder Termin zu verstehen sei. Wenn man diese Frage innerhalb sechs Monaten nicht löse, so möge sie in sieben Monaten gelöst werden (AdG 1959 S. 7613). Vgl. Anm. 22.

Adenauer: Ich bitte Sie, diese Sätze nicht auszusprechen! (*Amrehn:* ... daß das Gegenstand neuer Überlegungen sein muß!) Ich würde Sie bitten, das nicht auszusprechen. (*Amrehn:* Ich möchte das nicht völlig verschwiegen haben!)

Meine Herren! Ich kann Ihnen die Situation mit wenigen Worten klarmachen. Der Fall Berlin ist für die Amerikaner derselbe Fall wie Quemoy und Matsu²⁹; ein Rechtsfall. Der Amerikaner sagt sich: Ich kann hier ebenso wenig nachgeben, wie ich bei Quemoy und Matsu nachgebe. Es ist mein Recht. – Daraus kann sich dasselbe ergeben, was in Quemoy und Matsu passiert ist; darüber müssen Sie sich klar sein, nicht für Berlin, aber für uns. (*Gerstenmaier:* Auch für Berlin!) Aber auch für uns! Weil Amerika absolut auf diesem Standpunkt seines Rechts steht, wäre es eine unendliche Torheit geradezu, wenn man sagen würde: Berlin soll kooptiert werden mit der Bundesrepublik; denn in dem Augenblick sind die amerikanischen Verpflichtungen weg, und Sie sind in Berlin vogelfrei! (*Amrehn:* Ich glaube nicht, daß Brandt das gesagt hat; er hat nur Äußerungen von Klein³⁰ kolportiert!) Nein! Er hat es dreimal gesagt, an drei verschiedenen Stellen. Ich habe es genau verfolgt und bin erschrocken. Glauben Sie es mir, und wenn Sie Einfluß auf ihn haben – ich werde es heute abend auch versuchen –, dann machen Sie ihn doch darauf aufmerksam. Glauben Sie nicht, daß Amerika etwa seine Soldaten uns zuliebe opfert oder der Freiheit zuliebe, aber seinem Recht. Und das spielt eine solche Rolle in Amerika, weil es sonst sein Gesicht verlöre im Westen und im Osten. Das ist doch der Grund!

Deswegen bitte ich Sie wirklich sehr eindringlich, wirken Sie, wenn möglich, auch auf Ihren Senator Klein, daß nichts geschieht, was irgendwie den Status von Berlin und damit auch das Recht der Amerikaner verletzen könnte. Wenn die Russen das Recht von Berlin verletzen und wir Deutsche auch das Recht von Berlin über die Amerikaner preisgeben wollen, dann sind wir verloren. Das Ganze ist natürlich auch eine Probe aufs Exempel, ob die NATO zusammenhält; denn auch die NATO hat eine Erklärung bezüglich Berlin abgegeben.³¹ Ob die NATO zusammenhält? Wenn ein Land wie England diese Extratouren da macht, dann macht das jedes NATO-Mitglied außerordentlich kopfscheu.

Das Neueste auf diesem Gebiete ist – ich weiß nicht, ob es schon in der Presse stand –, daß Frankreich seine Mittelmeerflotte aus dem NATO-Befehlsbereich herausziehen will, um selber darüber verfügen zu können. Damit würde Afrika ... (*Blumenfeld:* Wegen der englischen Haltung!) Das hängt alles damit zusammen; aber das sagt man nicht: Wegen der und der Haltung. Wenn ein Gefüge sich lockert, dann lockert es sich hier und dort. Deswegen wird man – das muß ich

29 Zwischen Nationalchina und der Volksrepublik China heftig umstrittene Inseln zwischen dem chinesischen Festland und Taiwan. – Am 25. September 1958 hatte der amerikanische Staatssekretär John Foster Dulles die Bedeutung der Inseln Quemoy und Matsu für China verglichen mit der Bedeutung Berlins für den Westen. AdG 1958 S. 7311.

30 Dr. Günter Robert Paul Klein. Vgl. Nr. 7 Anm. 106.

31 Erklärung des Ministerrats der NATO zur Berlin-Frage, 16. Dezember 1958. Text in MOSKAU BONN S. 479f.

in diesem geschlossenen Kreise sagen –, wenn in einigen Monaten – hoffentlich – Ruhe eingetreten ist, an eine Änderung auch des NATO-Gefüges denken müssen. Da hat de Gaulle völlig recht.³² Stellen Sie sich folgende Absurdität vor, die wir jetzt haben. Ich spreche im Vertrauen darauf, daß Sie die Diskretion respektieren. Spanien hat 400.000 gute Soldaten, die aber schlecht ausgerüstet sind. Amerika hat in Spanien ungeheure Mengen von Kriegsmaterial, auch von Soldaten. Spanien will in die NATO hinein. Norwegen sagt: Nein, wegen des Regimes, das dort ist, bin ich dagegen, daß Spanien in die NATO kommt. Früher waren es Großbritannien und Frankreich, die widersprochen haben. Ich habe vor Jahr und Tag den Herrn Robertson³³ gefragt: Warum leisten Sie immer den Widerstand gegen Spanien? Das sind doch gute Soldaten! Daraufhin hat er erklärt: Wenn ich den Namen Spanien ausspreche, bekommt der Außenminister einen roten Kopf aus politischen Gründen.

Da sehen Sie also die ganze Schwäche der NATO. Wenn einer widerspricht, dann hört es auf, und die Widersprüche kommen nicht aus sachlichen Gründen, sondern sie kommen aus politischen Gründen. Deswegen ist die ganze Situation mit Berlin usw. so kritisch, so daß ich Sie wirklich sehr darum bitten muß, alles zu tun, was Sie können, damit nicht bei den Sozialdemokraten diese Gedanken auftauchen. Andernfalls tun Sie uns und allen den denkbar schlechtesten Dienst.

Gradl: Darin stimmen wir Ihnen völlig zu, auch auf die Gefahr hin, daß wir in dieser oder jener Richtung nicht sehr populär sind. In Berlin werden wir das vertreten in aller Öffentlichkeit. Aber ich muß noch einmal auf diese leidige Sache zurückkommen. Sie haben gesagt, Sie glauben, daß wir mit einem blauen Auge davonkommen werden. Ich will nicht fragen ... (*Gerstenmaier:* Was heißt blaues Auge?) Ja, was heißt blaues Auge? (*Gerstenmaier:* Ich habe nur Bedenken ...) Darauf kommt es nicht entscheidend an jetzt, sondern die Schwierigkeit für uns, so fürchte ich, liegt in den kommenden Monaten. Die Schwierigkeiten werden nicht am 27. Mai aufhören, sondern weitergehen. Wir müssen in dieser Zeit die wirtschaftliche Situation Berlins weiter aufrechterhalten.

Adenauer: Herr Gradl! Besprechen Sie doch die Sache mit Herrn Etzel. Die Sache kann auch in der Fraktion besprochen und geändert werden (*Gradl:* Sie brauchen nur „Ja“ zu sagen!) Nein, Sie müssen mit Herrn Etzel sprechen! Ich habe morgen und übermorgen Herrn Macmillan hier; außerdem muß ich noch in den Wahlkampf nach Niedersachsen. Ich habe also wirklich keine Zeit. Machen Sie es, wenn und wie es nötig ist. (*Gradl:* Gut!)

32 Vgl. insbes. de Gaulles Vorschlag eines Dreierdirektoriums der NATO (USA, Großbritannien und Frankreich) vom 17. September 1958 (AdG 1958 S. 7141 und S. 7359). Text des französischen Memorandums an Eisenhower und Macmillan in „Le Monde“ vom 26. Juni 1976.

33 Sir Brian Hubert Robertson, Baron of Oakridge (1896–1974), britischer General; 1947–1949 Militärgouverneur der britischen Zone, 1949–1950 Hoher Kommissar in Deutschland, 1950–1953 Oberbefehlshaber der britischen Luftstreitkräfte im Nahen Osten, 1953–1961 Präsident der staatlichen britischen Transportkommission.

Meine Herren! Das war der Bericht zur Lage. Keine Wortmeldungen mehr! – Ich denke, wir machen jetzt Schluß. Ich danke Ihnen!

9

Bonn, 16. September 1959

Sprecher: Adenauer, Albers, Altmeier, [Bach], Blumenfeld, Cillien, Dichtel, Dufhues, Fay, Gerstenmaier, Gradl, Gurk, von Hassel, Kraske, Krone, Lemmer, Oberländer, [Osterloh], Pferdenges, Scheufelen, Schröder, [Seidel], Stoltenberg.

Bericht zur politischen Lage. Lage der Partei. Vorbereitung der Sitzung des Bundesausschusses am 28. September 1959. Verschiedenes.

Beginn: 15.30 Uhr

Ende: 19.30 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen nach einer ziemlich langen Pause und darf zunächst einmal Ihre Meinung hören über den Verlauf der heutigen Sitzung. Ich höre nämlich eben, daß – ich weiß nicht, von wem – für 7 Uhr ein Büfett bestellt worden ist. Ich bin vorher nicht gefragt worden; deshalb frage ich danach. Gedenken Sie nun wirklich, so lange hierzubleiben oder gedenken Sie das nicht? (*Cillien:* Das wird im wesentlichen von Ihnen abhängen!) Von mir? (*Cillien:* Ja, wie in allen Fragen und Dingen!) Das zahle ich Ihnen heim! Aber wir müssen das jetzt wissen! (*Altmeier:* Wir sind um 6 Uhr fertig!) Haben Sie gehört? Herr Ministerpräsident Altmeier erklärt, daß wir um 6 Uhr fertig seien. (*Altmeier:* Ich habe es so gemeint!) Wer nicht widerspricht, der stimmt zu. Also, bestellen Sie das Büfett wieder ab. (*Kraske:* Ich hatte nur gebeten, das einmal zu prüfen, weil wir eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen haben. Ich teile nicht den Optimismus des Herrn Ministerpräsidenten Altmeier!) Je umfangreicher eine Tagesordnung ist, desto schneller wird man damit fertig.

Ich wurde eben von Herrn Kraske mit den Worten empfangen: Herr Kiesinger läßt sich entschuldigen, weil er den Herrn Altbundespräsidenten in Stuttgart empfangen müsse. Ich möchte Ihnen ausdrücklich erklären, wir kennen keinen Altbundespräsidenten. Ich wüßte nicht, wie wir dazu kämen. Es gibt einen Bundespräsidenten, aber keinen Altbundespräsidenten.

Gerstenmaier: Die Frage ist im Zusammenhang mit dem Pensionsgesetz des Bundespräsidenten im Ältestenrat des Bundestages wiederholt besprochen worden.